

SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 51

Oktober 1984

DM 1,-

Für bedingungslose militärische Verteidigung von DDR/Sowjetunion!

Moskau sagt Njet zu Honeckers Techtelmachtel mit Bonn

LE BOLCHÉVIK

B.P. 135 10

75463 PARIS CEDEX 10

Diesmal jedenfalls nicht! Die deutsche Bourgeoisie ist enttäuscht. Zu gern hätte sie den von ihr so gesehenen Bettelgang des DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker nach dem Westen Deutschlands erlebt. Nach der Einfädelung der Milliardenkredite an die DDR durch Franz Josef Strauß war der geplante Besuch Honeckers als ein weiterer Schritt in der Strategie betrachtet worden, die DDR enger an den Westen zu binden, sie ökonomisch abhängig zu machen und so die

**Für die revolutionäre
Wiedervereinigung
Deutschlands!**

sozialistischen Grundlagen in der DDR systematisch zu unterhöhlen. Ein deutsch-deutscher „Marshallplan“ soll der Köder sein, um die der Bourgeoisie nach dem Zweiten Weltkrieg verlorengegangenen Ostgebiete zurückzuerobieren.

Und so spielt diese „friedliche“ Politik des deutschen Imperialismus eine herausragende Rolle in Ronald Reagans wachsender anti-sowjetischer Kriegsmobilisierung. Aber Moskau warf mit seinem Njet der deutschen Bourgeoisie mit ihren konterrevolutionären Plänen einen Knüppel zwischen die Beine. Wir Trotzlisten sagen: Schluß mit Honeckers gefährlichem Flirt mit den BRD-Imperialisten. Nur eine revolutionäre Wiedervereinigung im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kann die Spaltung Deutschlands überwinden. Die nationalistische „Alternative“, ob in revanchistischer rot-weiß-schwarzer Couleur oder in den Farben eines, von Sozialdemokraten und Stalinisten propagierten, fiktiven neutralen Deutschlands, heißt blutige Konterrevolution. Jeder Versuch, ein Viertes Reich zu schaffen, wird einen dritten Weltkrieg auslösen – und diesmal nicht nur Deutschland, sondern die ganze Menschheit in einem atomaren Holocaust vernichten.

Deutscher Revanchismus

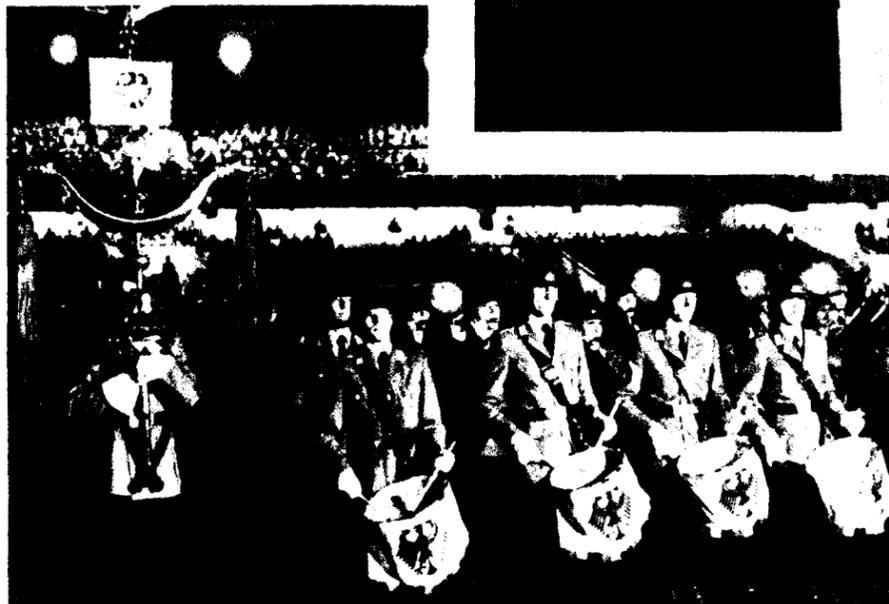
Im Bewußtsein der gewachsenen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stärke des deutschen Imperialismus propagiert die deutsche Bourgeoisie immer unvehöhlener ihre revanchistischen Gelüste. Bis heute hat sie die DDR nicht als souveränen Staat anerkannt und gibt vor, für die Bevölkerung der DDR zu sprechen. Der „Minister für innerdeutsche Beziehungen“ Heinrich Windelen hetzt auf „Vertriebenenentagen“ und Helmut Kohl redet von der „Überwindung der widernatürlichen Trennungslinie, ... die nicht nur Deutschland teilt, denn jenseits dieser Mauer liegen nicht nur alte deutsche Ge-

biete, Städte, Provinzen – Weimar, Leipzig, Dresden, Eisenach –, jenseits dieser Trennungslinie liegen auch Prag und Bukarest und Budapest und natürlich auch Warschau und Krakau ...“ Das ganze Europa soll es sein! Die *Prawda* vom 27. Juli charakterisierte treffend die Ziele des deutschen Imperialismus: „Im Schatten amerikanischer Raketen blüht der Revanchismus.“

Die taktischen Differenzen zum NATO-Partner USA und Präsident Reagan, dessen „Sprechprobe“, „Wir beginnen in fünf Minuten mit der Bombardierung Rußlands“, kein Witz war, sondern ebenso wie die KAL-007-Provokation im September letzten Jahres Ausdruck konkreter Kriegsvorbereitungen, machen den deutschen Imperialismus kein bißchen friedlicher. Es gibt das Bonmot in NATO-Kreisen, daß eine „taktische Waffe“ eine ist, die in Deutschland hochgeht. Die



Strauß bei Honecker
links: Rekrutenvereidigung der
Bundeswehr – noch unter
SPD-Minister Apel



deutsche Bourgeoisie will keinen Krieg, den sie jetzt, hier und so nicht gewinnen kann. Aber sie ist bis an die Zähne bewaffnet, und mit der Aufhebung des Verbots für die Herstellung strategischer Bomber und Langstreckenraketen durch die WEU (Westeuropäische Union) als stärkstes Bollwerk in Europa jetzt vollends „flügge“ geworden. Doch ihr Weg, „Pommern“, „Schlesien“ und „Ostprien“, Sachsen, Thüringen und Ostberlin zurückzugewinnen, ist vorerst der der ökonomischen Erpressung und Aushöh-

lung der DDR und der osteuropäischen Arbeiterstaaten.

Die Trotzlistische Liga Deutschlands hatte bereits bei der versuchten Machtergreifung durch die gelbe „Gewerkschaft“ Solidarność, einem willigen Instrument der deutschen Banken und der CIA, davor gewarnt, daß eine Konterrevolution von Solidarność in Polen auch die Grundlagen des ostdeutschen Arbeiterstaates aufs Spiel setzen und dort natürlich nicht Halt machen würde. Der Traum vom Siegesmarsch durch Moskau ist

immer noch der Wunschtraum des Kapitals. In westdeutschen Wirtschaftskreisen wurde damals gewitzelt, daß, wenn die Polen nicht zahlen können, man doch „Schlesien“ und „Pommern“ mit einer Hypothek belegen sollte. Nichts da! Den revanchistischen Gelüsten der deutschen Bourgeoisie, ihrem blutigen Drang nach Osten, setzen wir die revolutionäre Mobilisierung des deutschen Proletariats entgegen.

Angesichts steigender Arbeitslosigkeit, Massenentlassungen und Betriebsstillegungen im Westen ist es nicht schwer zu sehen, daß die Zerschlagung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln, die Planwirtschaft und das staatliche Außenhandelsmonopol historische Errungenschaften in den Arbeiterstaaten sind, die trotz der Usurpation der Macht durch die stalinistische Bürokratie von den Arbeitern aller Länder verteidigt werden müssen.

Die auf sowjetischen Druck hin erfolgte Besuchsabsage Honeckers brachte der Bundesregierung den Hohn und Spott der
Fortgesetzt auf Seite 10

Die Russen zerschlugen Nazi-Deutschland ... 6
Britischer Bergarbeiterstreik ... 7

ET-Schützling Ulrich Sandhaus verübt blutigen Überfall auf TLD-Unterstützerin

Ein Nazi-Punk in Aktion

In der Nacht vom 22. August wurde Gisela B., eine Unterstützerin der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD), in der Westberliner U-Bahn in die Falle gelockt und brutal überfallen. Dabei trug sie eine gefährliche Kopfverletzung davon. Geplant und überwacht wurde der Überfall durch einen ehemaligen Freund der 29jährigen Frau, Ulrich Sandhaus, ein Exlinker, der jetzt rabiat anti-kommunistischer Skinhead-Punk und für seinen Hang zur Gewalttätigkeit bekannt ist. Die Angreiferin, Sandhaus' gegenwärtige Begleiterin, die seine Drecksarbeit tat, war Elisabeth Borsch. Sandhaus hat sich über mehrere Jahre hinweg zum Nazi-Punk entwickelt. Nachdem er aus der TLD ausgeschlossen wurde, wurde er durch ein Grüppchen Extrotzkisten, der sogenannten Gruppe IV. Internationale als ein edles Geschöpf der Natur gefeiert und in seiner Entwicklung ermutigt.

Gisela berichtet, daß sie Sandhaus in der U-Bahn bemerkte, als der Zug in den U-Bahnhof Karl-Marx-Straße einfuhr, wo sie auf dem Heimweg aussteigt. Er sprach sie plötzlich an, daß sie jetzt aussteigen müsse. Erschrocken verließ sie den Waggon, doch um den Ausgang zu erreichen, mußte sie an der hinteren Tür vorbeigehen, aus der die zwei direkt vor ihr ausstiegen, um ihr den Weg zu versperren. (An diesem U-Bahnhof steigen sie normalerweise nicht aus.) Dieser Schritt war geplant; Borsch packte die junge Frau und schrie: „Wenn ihr den Uli noch einmal einen Faschisten nennt, dann passiert dir was!“, und begann auf sie einzuschlagen, besonders ins Gesicht. Borsch, in Punkermontur, war *sichtlich bewaffnet*; sie trug ein mit scharfen Nieten beschlagenes Lederarmband. Als Gisela sich verteidigte und sich loszureißen versuchte, holte Borsch aus und schleuderte eine Plastik-Tragetasche, die einen harten Gegenstand enthielt, gegen ihre linke Schläfe. Der Schlag ließ Gisela fast bewußtlos werden. Sie torkelte und blutete stark aus einer tiefen Schnittwunde sowie anderen Schnittwunden am Kopf. Mit Mühe blieb sie auf den Beinen und entkam so aus dem U-Bahnhof. Als sie einige Minuten später zu Hause ankam, wurde sie von Borsch mit Drohanrufen bombardiert.

In der Notambulanz des Westberliner Krankenhauses, wo man die Wunde nähte, wurde die Art der Verletzung festgestellt. Die Schnittwunden liefen von der Schläfe schräg nach hinten durch die linke Ohrmuschel in einer geraden Linie ca. acht Zentimeter lang. Das heißt, Ursache muß ein scharfkantiger, schwerer Gegenstand gewesen sein.

Zwei Zentimeter in die eine oder andere Richtung, und die Sache hätte tödlich ausgehen können. Ihre Schläfe hätte durchstoßen oder ein Auge ausgeschlagen werden können! So trug Gisela an den Muskeln und wahrscheinlich an den Nerven an der Schläfe ernsthaften Schaden davon, ebenso ist die Kieferbewegung ernsthaft beeinträchtigt.

Dies kann möglicherweise einen komplizierten operativen Eingriff und langwierige Behandlung erfordern und birgt die Gefahr einer bleibenden Behinderung.

Gisela hat Strafantrag gegen Sandhaus und Borsch gestellt. Jeder anständige Mensch in Westberlin, jede Frau, mit Sicherheit jeder klassenbewußte deutsche und ausländische Arbeiter muß zwangsläufig durch diesen kriminellen Angriff entsetzt sein. Diese Gestalten müssen daran gehindert werden, auf der Straße ihren Terror auszuüben.

Wer ist Ulrich Sandhaus?

Sandhaus fing seine Laufbahn durch diverse linke Organisationen als antiautoritärer kleinbürgerlicher Jugendlicher an. Er zeigte sich als eine widersprüchliche Figur. Zum Teil wurde er von einer kommunistischen Lösung für die Probleme der Gesellschaft angezogen und trat 1979 in die TLD ein. Oberflächlich erschien er als normaler Jugendlicher, der mit der bestehenden Gesellschaft zutiefst unzufrieden war. Er schien die marxistische Lösung zur Krise des Kapitalismus zu akzeptieren.

Doch auf der anderen Seite suchte er ständig die Erfüllung durch schwarze Fliegerstiefel, viel nietenbeschlagenes Leder, Ketten, Macho-Gehabe. Nach und nach fing er an, auch durch immer kürzer geschorene Haare, Wehrmachthosen usw. seinem Skinhead-Ideal insgesamt zu entsprechen. Er entwickelte eine Vorliebe für faschistoide Skinhead-„Oi“-Musik. („Oi“ ist der berüchtigte „Paki-bashing“-Schlachtruf der britischen Faschisten der Nationalen Front, den sie in dem Moment schreien, wenn stahlbeschlagene Stiefel den Schädel eines Asiaten oder Schwarzen treffen – d. h. „Juda verrecke“ auf englisch.) Sein Verhalten wurde immer aggressiver, besonders gegenüber Frauen und Ausländern.

So wurde er in die Strömung des bürgerlichen Nationalismus hineingespült und ständig näher zur Lumpen-Skinhead-Szene hingezogen. Dort – wo der Übergang zwischen der „No-future“-Generation und der „Herrenrasse“-Ideologie fließend ist, in einem Spektrum des jugendlichen Lumpenproletariats, das vom Produktionsprozeß und den Organisationen und Zielen der Arbeiterbewegung völlig losgelöst ist – ist ein Prozeß der ultranationalistischen Umgruppierung im Gange. Hier entwickeln sich faschistische Elemente und werden durch und für „direkte Aktion“ – d. h. Terror – rekrutiert. Die „Links-rechts-Differenzierung“ im Skinhead-Punk-Milieu ist in Wirklichkeit ein Mythos. Der Unterschied besteht nur darin, ob bestimmte Punks *noch* auf linken Demonstrationen auftauchen, oder ob sie, wie in Gummersbach am 28. April Überlebende der Konzentrationslager des 3. Reichs halbtot prügeln.

Wer ist Sandhaus? Ein echter „freiheitslie-



Ulrich Sandhaus

bender“ deutscher Jugendlicher, der das extrem labile und unberechenbare Lumpenmilieu verherrlicht; die Sorte von Dreck, die sowohl „nieder mit der kapitalistischen Gesellschaft“ wie auch „Oi“ schreien, und die den Orgasmus erreichen, während sie mit Ketten und metallbeschlagenen Peitschen auf die dunkelhäutigen Menschen einschlagen, die auf den Straßen von Westberlin zu finden sind. Sein Kopf ist voll von deutschen Reichsadlern und Hakenkreuzen und der entsetzlichen Herrlichkeit des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus – doch er gehört in eine der schmutzigeren Abteilungen der SA. Dieses abscheuliche Individuum und seinesgleichen dürfen keinen Fuß mehr in eine öffentliche Veranstaltung der Linken oder der Arbeiterbewegung tun, erst recht haben sie keinen Platz in irgendwelchen Arbeiterorganisationen, vor allem den Gewerkschaften! Es ist gerade diese Art von Person, die die deutsche Arbeiterbewegung im Laufe des Klassenkampfes konfrontieren, entwaffnen und ins Nichts treiben muß!

In der TLD hatten wir 1982 eine entscheidende Auseinandersetzung über den wieder-aufsteigenden deutschen bürgerlichen Nationalismus, der dominanten Stimmung im heutigen „neuen Deutschland“. Er reicht mit seinen Schattierungen bis in die sozialdemokratischen Formationen hinein, die dem Nationalismus nachtraben, in erster Linie die „Friedens“-bewegung. Sofort als wir den unentbehrlichen Kampf gegen dieses Gift aufnahmen, das vor allem durch den sozialdemokratischen „linken“ Nationalismus in die Linke und Arbeiterbewegung hineingetragen wird, gingen Sandhaus und die TLD verschiedene Wege.

Als er politisch konfrontiert wurde, verteidigte er den schwarzen Stahlhelm mit Reichsadler und Hakenkreuz, den er sich angeschafft und im Wohnzimmer hatte, sein Schwelgen in „Deutschland, Deutschland über alles“, die Tatsache, daß er angefangen hatte, die türkische Sprache offen und spöttisch nachzuäffen, als „Privatsache“, „Geschmacksfrage“. Er verteidigte explizit seinen „Geschmack“ ausgerechnet an „Oi“-Musik, und er wußte genau, was es heißt. Mehr noch, er hatte schon herausfordernd und verbissen darauf gepocht, daß „ein Deutscher 50 Tamliden wert“ sei! Warum nicht? Dies ist ja schließlich die Bedeutung von „Deutschland, Deutschland über alles“. Im August 1982 wurde Sandhaus aus der TLD ausgeschlossen.

Gisela B. trug keinen geringen Teil dazu bei, daß sein wahres Gesicht entlarvt wurde. Seit sie sich vor mehr als zwei Jahren von der zunehmend demütigenden Beziehung mit

Sandhaus frei machte, führt er eine eskalierende persönliche Vendetta gegen sie. Sie erhielt eine Postkarte von ihm mit ominösen „Oi-Oi“-Grüßen. Er und zwei andere Skinhead-Punks – die eine war Borsch – versuchten schon einmal vor einigen Monaten, Giselas Weg in einem Westberliner U-Bahnhof zu blockieren und stießen Drohungen aus. So hatte sie diesmal guten Grund, Angst davor zu haben, daß sie blutig getreten werden könnte, wenn sie zu Boden gehen und ihr die Flucht aus dem U-Bahnhof nicht gelingen würde.

Sandhaus' ganzes politisches Profil war das eines frisch rekrutierten Braunhemds in der Weimarer Republik geworden. Wir nannten ihn damals einen *Protoschisten*. Unsere Abscheu gegen das, was er war und das, was er dabei war zu werden, führte uns dazu, ihn fälschlicherweise (weil vorschnell) aus einer im Herbst 1982 abgehaltenen öffentlichen Veranstaltung fernzuhalten. Seit der Zeit jedoch hat sich Sandhaus' Widersprüchlichkeit ständig zur Lösung hinbewegt. Jetzt, nach dem Überfall auf Gisela B., ist es klar, daß er sich für „direkte Aktion“ entschieden hat und fest auf der Seite derer steht, die terroristische Angriffe gegen Linke, Kommunisten, Frauen, ausländische Arbeiter durchführen.

Sandhaus als Schützling der „Externen Tendenz“

Die „Gruppe IV. Internationale“ (GIV), deutsche Gesinnungsgenossen der nordamerikanischen selbsternannten „Externen Tendenz“ (ET), haben Sandhaus während der letzten zwei Jahre politisch aufgepäppelt. Die Unterstützung und Ermutigung, die er von den ETs erhielt, machte ihn in seiner Laufbahn noch frecher und hat ihn glauben lassen, daß er alles machen und auch ungeschoren davon kommen könnte. Damit tragen sie auch konkrete Verantwortung für den Überfall auf Gisela B.

Die ET ist ein Amalgam von Exmitgliedern und anderen, mit generell sehr rechter politischer Färbung. Das sind Typen, die *das Handtuch schmissen und austraten*, die sich gern als die Opfer von angeblichen bürokrati-

Fortgesetzt auf Seite 11

KONTAKTADRESSEN

FRANKFURT: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt 1
Tel.: (0 69) 72 70 54

HAMBURG: Postfach 20 14 34
2000 Hamburg 20
Tel.: (0 40) 31 46 56

WESTBERLIN: Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 8 82 11 75

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierende Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Fred Zierenberg
REDAKTION: Marianne Clemens, Doris Kohn,
Silvia Lenz, Christoph Steiner, Anja Valentin
PRODUKTION: Andreas Heller

VERTRIEB: Birgit Kramer
PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173-7430



Seine Idole in
Aktion: Nazi-
Skinheads überfallen
am 28. April eine
ungeschützte
Demonstration
gegen den NPD-
Parteitag in
Gummersbach.
Unter den Opfern
70jährige Über-
lebende von
Hitlers KZs

Metallerstreik: Deutsche, ausländische Arbeiter durchbrechen bürokratische Kontrolle

Militante Torbesetzung bei VDO

Das nachfolgend abgedruckte Flugblatt verteilt die TLD in deutscher und türkischer Sprache beim Frankfurter Metallbetrieb VDO. Ausgesperrte Arbeiter und Arbeiterinnen hatten dort am Morgen des 19. Juni mit einer militanten Torbesetzung die bürokratischen Streik-„Leitlinien“ durchbrochen und ein Beispiel für alle anderen gegeben: Schluß mit dem kriecherischen Gehorsam gegenüber kapitalistischen Spielregeln! Schluß mit der Unantastbarkeit des heiligen Eigentums!

Bei dieser Aktion standen unsere Genossen Seite an Seite mit den Streikposten und sorgten mit dafür, daß VDO Bockenheim fünf Stunden dicht blieb. Für die Streikenden, darunter viele türkische, spanische und andere Kollegen, waren die TLDler willkommene Unterstützer. Hier ging es darum klarzumachen: Streikpostenkette überquert man nicht! Einer der lausigen Streikbrecher machte dabei Bekanntheit mit dem Pflaster. Er hatte die Streikpostenkette angegriffen, um „Arbeitswillige“ durchs Fenster in den Betrieb zu hieven.

Die VDO-Manager Hoffmann und Konsorten holten die Polizei in der Hoffnung, sie würde durch Festnahmen die Streikposten einschüchtern und eventuell wie vor Druck-Betrieben versuchen, sie abzuräumen. Doch die Polizei schreckte, wie auch sonst bei Metall-Betrieben vor einem Schlägereinsatz zurück, weil sie die Reaktion der Metaller fürchtete. Die VDO-Streikposten verhinderten bei der Abschlußkundgebung die Festnahme des TLD-Unterstützers, der dem Streikbrecher eine wirkungsvolle Lehre erteilt hatte.

Erst nach der Aktion gelang es den Streikbrechern in grün mit Hilfe von Zivilstreifen und Einsatz von Streifenwagen, seine Personalien festzustellen und mit rechtlichen Folgen zu drohen. Für die Arbeiter war offensichtlich: Unser Genosse, seit über zehn Jahren IGM-Mitglied, hat nur die Pflicht eines jeden Gewerkschafters bzw. Streikposten getan. Und dazu gehörte ebenfalls, gegen die Abwiegelei seitens der Bürokraten wie Otto usw. aufzutreten.

Eine revolutionäre Gewerkschaftsführung hätte die Chance genutzt, durch die Fortführung der Besetzung einen Sieg der Arbeiter über die Bosse zu organisieren. Angesichts der Kampfbereitschaft bedurfte es des beherzten Auftretens einiger klassenkämpferischer Streikführer, um das Ruder herumzureißen und mit mutigen Schritten die mehrheitliche Unterstützung der Anwesenden für eine Wiederholung, unbegrenzt, zu gewinnen – ganz zu schweigen von der solidarischen Bereitschaft der Opelaner und anderer Metaller, mit Massenstreikpostenkette VDO dichtzumachen.

Das hätte der Funke für einen Flächenbrand sein können. Von Opel bis Daimler Benz hätten die Arbeiter nicht lange gezögert, dem Beispiel zu folgen. Schließlich standen zu diesem Zeitpunkt etwa 500 000 Ausgesperrte und Streikende den Bossen und deren reaktionärer Regierung gegenüber; Westdeutschlands bedeutende Autoindustrie war bereits lahmgelegt, und es ging darum, diese Klassenschlacht zu gewinnen. Die Kapitalisten haben ihr Ziel, die organisierte Kraft der Arbeiterklasse, ihre Gewerkschaften, zu zerschlagen, nicht erreicht. Gegenüber der IG Druck sind sie bereits mit Bürgerkriegsmethoden, dem Einsatz von Hubschraubern und Wasserwerfern, vorgegangen.

Wenn auch mit dem Ende des Streiks kein Sieg für die Arbeiterklasse errungen wurde, so ist eines unbestritten: an der Bereitschaft, dem Mut der Arbeiter hat es nicht gelegen. Dennoch ist der Leber-Ausverkauf eine Niederlage. Die Verantwortung für diesen Einstiegs-Schwindel liegt bei den verräterischen Arbeiterführern selbst. Die neuen „Betrieblichen Arbeitsvereinbarungen“ sind ein Geschenk für die Kapitalisten. Endlich haben sie die Möglichkeit, allgemeine Tarifvereinbarungen zu unterlaufen und nach und nach ihre freie Verfügungsgewalt durchzusetzen. Den arbeitgemeinschaftlichen Betriebsräten wird der Rücken gestärkt, damit auch unter Krisenbedingungen der Betriebsrie-

den und die Klassenzusammenarbeit aufrecht erhalten werden. Unter welchem Tarifchinesisch auch immer der Leber-Plan gehandelt wird, die Forderungen der Arbeiter sind damit nicht erfüllt. Ihre Durchsetzung wird weder durch die reaktionäre Kohl-Regierung noch ein kleineres Übel, eine SPD-Regierung, erfolgen. Das ist es, was viele Arbeiter nach den jüngsten Streiks und nach dem beeindruckenden Marsch auf Bonn verstanden haben. 250 000 waren nach Bonn gekommen, nicht um zu hören, daß alles umsonst war und eine SPD-Regierung das Elend besser verwalten könnte. „Generalstreik“ war die Losung an diesem Tag – aber nicht aus dem Munde sozialdemokratischer Redner, sondern vieler Arbeiter.

Um so mehr Wut und Empörung hat der

fen, um die Forderungen aller Arbeiter durchzusetzen. *Erinnert Euch: Vor zehn Jahren stürzte SPD-Kanzler Willy Brandt über den Streik der ÖTV.*

Flugblatt der TLD

Frankfurt, 26. Juni – Knapp 400 Streikposten machten am Dienstag, den 19. Juni um fünf Uhr früh VDO in Frankfurt-Bockenheim dicht. Ausgesperrte Arbeiter von VDO, vorwiegend Ausländer, Streikende von Adler, Opel, Messer, Ausgesperrte anderer Betriebe, Drucker, Arbeitslose, Uni-Beschäftigte und einige Linke, darunter TLD-Unterstützer, machten an diesem Morgen klar:



19. Juni: Streikposten machen VDO-Bockenheim dicht

Foto: Spartakist

Leber-Ausverkauf ausgelöst – den die Gewerkschaftsbürokraten nur gegen den mehrheitlichen Widerstand der Streikenden und Ausgesperrten und auch sonst nur knapp durchsetzen konnten. Ohne eine Arbeiterregierung werden wir die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, die Verteilung der Arbeit auf alle, ganz zu schweigen von einem anständigen Lebensstandard, nicht bekommen.

Wenn verhindert werden soll, daß Krise und Aufrüstung auf Kosten der Arbeiter gelöst werden, dann nicht mit der SPD, sondern durch deren Spaltung – mit einer revolutionären Arbeiterpartei! Gegen Sozialkürzungen und die alle bedrohenden Massenentlassungen stehen entscheidende Kämpfe noch bevor. Und die Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Dienstes, die Eisenbahner und Postler haben den Kampf bereits begonnen. Die bescheidenen Forderungen, ein Rückschritt gegenüber dem Kampf der IG Metall, mit denen Wulf-Mathies und von Haaren den Arbeitskämpfführer, sind bestenfalls durch die Feigheit und den Ausverkauf der Gewerkschaftsbürokraten im Streik um die 35-Stunden-Woche „gerechtfertigt“. Solche Arbeiterführer verdienen keinerlei Vertrauen der Arbeiterklasse.

Die ÖTV ist eine mächtige Gewerkschaft, die über das Kommunikationssystem hinaus, die ganze Infrastruktur lahmlegen kann. Damit kann sie mehr Macht ausüben als alle Appelle oder Unterschriftenaktionen. Jetzt können die Arbeiter des Öffentlichen Dienstes mit einem klassenkämpferischen Programm und Aktionen den Leber-Frieden zerbrechen. Zuerst muß der Streikbrecher-Erlaß von „Black Penny“ Schwarz-Schilling fallen! Sein Berufsverbotsterror gegen DKP-Postler muß gestoppt werden. Wenn es gelingt, die anderen Gewerkschaften, vor allem IGM und DruPa, in den Kampf hineinzuziehen, wenn es gelingt, gegen alle nationalistischen spalterischen Manöver deutsche und eingewanderte Arbeiter für die Klasseneinheit gegen Bosse und Regierung zu gewinnen, dann ist die Voraussetzung geschaf-

Streikpostenkette überquert man nicht! Rassistische Provokationen, tätliche Angriffe auf Streikposten wurden zurückgeschlagen. Was wenigstens für einige Streikbrecher die notwendige Lektion war, muß zur Regel werden: Streikbruch ist schädlich für die Gesundheit! Diesmal kam ein Messer-schwingender Streikbrecher noch ungeschoren davon und die Polizei jagte einen Streikposten, um ihn wegen Verteidigung der Kollegen der Körperverletzung anzuklagen.

Als nach mehreren Auseinandersetzungen die Lage geklärt und VDO dicht war, erschien um neun Uhr der Frankfurter IG Metall-Streikleiter Günther Otto auf der Bildfläche. Nach Beratung mit Polizei und Management und ohne auch nur ein Wort mit den Streikposten gewechselt zu haben, erklärte er die Aktion für beendet. Otto, der dank „Mitbestimmung“ im VDO-Aufsichtsrat sitzt, bewies damit, daß er kein Streikleiter ist, sondern von den Bossen gekauft. Diese Sabotage stieß auf Wut und Empörung bei den Arbeitern; schließlich haben sie nicht gekämpft, um nach dem ersten Erfolg aufzugeben. Nach drei Wochen impotenter Mahnwache gegen die Aussperrung hatten die VDOler die Schnauze voll von Schlichtungs- und Verhandlungsgequatsche. Ihre klassenkämpferische Aktion war nicht nur die richtige Antwort auf die Bosse, sondern eine Absage gegenüber der kriminellen Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsführer. Hunderttausende Metaller und andere Gewerkschafter warten nur auf ein Signal, um die „Mini-Max“-Niederlagenstrategie der Arbeiterfunktionäre zu durchbrechen und durch wirklichen Kampf das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu wenden! Die erfolgreiche Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie der Schutz gegen Kündigungen und Repressalien wird weder an den Verhandlungstischen noch in den Gerichtssälen, sondern allein im Kampf, auf der Streikpostenkette entschieden. Die Arbeiter wissen

das und sind bereit. *Weg mit Lebers/Maysrs Schlichtungsbetrug!*

Seit fast acht Wochen steht Westdeutschland am Rande einer Klassenschlacht zweier Giganten – der IG Metall und der deutschen Bourgeoisie. Diese explosive Situation droht jeden Moment zu einem Entscheidungskampf zu werden, nicht nur mit den Bossen, sondern um die Macht in dieser Gesellschaft. *Alle Metaller müssen in den Streik treten und die anderen Gewerkschaften müssen sich anschließen* – nicht im Herbst, wie die ÖTV-Führer verträsten; jetzt wird gekämpft! Die Mobilisierung darf nicht Mayr und Steinkühler überlassen werden; bei ihrer Gratwanderung vom „Einstieg in die 35-Stunden-Woche“ sind sie schon fast wieder beim „Ausstieg“ angelangt. Für welches Linsengericht? Für die Hoffnung auf eine neue SPD-Regierung, der Partei der Ausländergesetze, des Lohnraubs und der NATO-Raketen.

Aber einen Ausverkauf mit diesem Menü werden die Arbeiter nicht schlucken. Heute, wo nicht mehr nur vorwiegend ausländische Arbeiter und Frauen Opfer der Arbeitslosigkeit sind, sondern Massenarbeitslosigkeit als Damoklesschwert über allen Arbeitern hängt, kann der gemeinsame Kampf deutscher und eingewanderter Arbeiter den falschen Arbeiterführern eine Lektion in proletarischem Internationalismus erteilen und den spalterischen, chauvinistischen Manövern einen Riegel vorschieben. Alle, die der Armut ihrer Heimatländer entkommen sind, alle, die ihre Knochen für die Superprofite der deutschen Bosse und Bankiers hingehalten haben, müssen das Recht haben hierzubleiben und volle Staatsbürgerrechte erhalten! Die vorhandene Arbeit muß auf alle Hände verteilt werden. Dafür ist die 35-Stunden-Woche völlig unzureichend. *Für 30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn!* Wir brauchen eine gleitende Skala der Löhne und Arbeitszeit. Zur Verkürzung der Arbeitszeit – ganz zu schweigen von der Verteilung der Arbeit auf alle Hände – können die Kapitalisten nur gezwungen werden, wenn sie den Strick um den Hals schon deutlich spüren, wenn die Arbeiterklasse um die Macht kämpft. *Alle Betriebe müssen besetzt werden!* Bosse, Leitende, Streikbrecher gehören ausgesperrt und die Tore müssen dicht bleiben. Das trifft die Bosse ins Mark. Ihr Verfügungsrecht über die Produktionsmittel ist aufgehoben und gleichzeitig stellt sich die Frage, welche Klasse wird herrschen? Denn selbst für bitter erkämpfte Errungenschaften gibt es im Kapitalismus keine Garantie – auch nicht mit SPD-Ministern. Um Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen und eine sichere, würdige Existenz für alle zu schaffen, muß der Kapitalismus gestürzt werden und die Bourgeoisie von einer Arbeiterregierung enteignet werden. *Keine Illusionen in die SPD! Für eine Arbeiterregierung!*

Ein erfolgreicher Streik bei VDO – wie am letzten Dienstagmorgen, aber rund um die Uhr – kann ein Zündfunke für alle anderen sein. Die Kollegen der Frankfurter Metallfirma Roth wollten dem Beispiel folgen und ebenfalls dicht machen. Und die Opelaner unterstützten nicht nur die Streikposten bei VDO, sie würden ihre Kollegen auch weiterhin nicht alleine lassen. Sie haben das Theater mit der Streikbrecher-Gasse, den Streik im Rahmen von „Recht und Grundgesetz“ satt. Um zu gewinnen brauchen die Arbeiter eine *klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, gewählte Streikkomitees*, die nicht auf den Knien vor dem Klassenfeind liegen, sondern auf den Füßen gegen ihn kämpfen.

Die Hessische Verfassung, in deren Namen SPD/DGB-Bürokraten, DKP und andere „Linke“ den gemeinsamen Reigen mit Bossen und Streikbrechern tanzen, ist genauso nützlich gegen Aussperrungen wie die

Fortgesetzt auf Seite 8

Nicaragua braucht MIGs – Zerschlagt die kapitalistische 5. Kolonne!

Verteidigt Nicaragua, vollendet die Revolution!

Am 19. Juli versammelten sich über 150 000 Einwohner Nicaraguas auf dem Plaza de la Revolución in Managua, um den fünften Jahrestag der sandinistischen Revolution zu feiern, die den verhaßten Diktator Anastasio Somoza gestürzt hat. Der Junktokoordinator und Präsidentschaftskandidat der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) Daniel Ortega verkündete, daß der Notstand für die anstehenden Wahlen gelockert werden würde. Währenddessen entsandte das Pentagon den Flugzeugträger USS *Kennedy* (mit 85 Kampfflugzeugen), um in einer „gedämpften militärischen, diplomatischen und politischen Kampagne“ (*New York Times*, 18. Juli) genau vor Nicaraguas Karibik-Küste zu kreuzen. Ronald Reagan, der die „Sandino-Kommunisten“ verurteilt hatte, weil sie keine Wahlen abhielten, tut jetzt die Wahl am 4. November in Nicaragua als „Fälschung“ ab. Und sollte Reagan im November selbst wiedergewählt werden, wird sich jeder – von den Demokraten bis zu den Sandinistas – Sorgen wegen einer „Dezemberüberraschung“ machen. Aber Resolutionen von imperialistischen „Tauben“ werden keine



Contras mit Papstsegen und CIA-Waffen für blutigen Massenterror

US-Invasion stoppen. Es kommt vielmehr darauf an, die amerikanische Arbeiterklasse zu mobilisieren, um den Transport von US-Waffen nach Mittelamerika zu verweigern und gegen eine direkte Intervention zu streiken.

Der Sieg der Sandinistas machte Schluß mit 45 Jahren Tyrannei der von den USA unterstützten Somoza-Familie, die in den letzten beiden Jahren des Kampfes 50 000 nicaraguanische Jugendliche abgeschlachtet hat. Doch entgegen Reagans „Kommunismus“-Vorwürfen repräsentiert die FSLN radikalisierte kleinbürgerliche Nationalisten, die mehr als willig sind, mit einer „nationalen“ Bourgeoisie zu leben. In ihrem Beharren auf der Dreieinigkeit von „gemischter Wirtschaft, politischem Pluralismus und Blockfreiheit“ haben sie sich fromm und gewissenhaft geweigert, kapitalistische Firmen zu übernehmen, außer denen Somozas oder solchen, deren Besitzer aus dem Lande geflohen sind. Obwohl jedoch gut über die Hälfte der Wirtschaft in kapitalistischen Händen verblieb, wurde der kapitalistische Staat *zerschlagen*, als im Juli 1979 Somozas Söldner der Nationalgarde vor den siegreichen sandinistischen Truppen flohen. Das weckte imperialistische Befürchtungen vor einem „zweiten Kuba“, und in der Tat wird das kleinbürgerliche Regime in Managua unter den Schlägen von Reagans „Destabilisierung“ und Aggression zur Durchführung und Festigung einer (bürokratisch deformierten) sozialen Revolution getrieben.

Die Sandinistas setzen gegenwärtig darauf, mit ihren Wahlen die Unterstützung unter den europäischen Sozialdemokratien und den lateinamerikanischen bürgerlichen Staaten der Region wiederzubeleben. Allerdings wird „Solidarität“ von bürgerlichen Schönwetter-„Freunden“ nicht ausreichen, um Nicaragua gegen den Yankee-Imperialismus zu verteidigen. Da die Zukunft der Revolu-



Frauen der Miliz stehen Wache gegen Contra-Überfälle. No pasaran!

tion auf dem Spiel steht, ist es dringend notwendig, entschlossene Maßnahmen zu ergreifen, um in Nicaragua selbst *die kapitalistische fünfte Kolonne zu zerschlagen und einen revolutionären Krieg in ganz Mittelamerika vorzubereiten*. Und während das kleinbürgerliche FSLN-Regime verkündet „Alle Waffen dem Volk!“ und „Alles für die Front!“ – womit es lediglich Schritt für Schritt auf den proimperialistischen Sabotagefeldzug antwortet –, hält es doch nach wie vor die Arbeiter und Bauern davor zurück, eine kompromißlose soziale Revolution im eigenen Land zu entfesseln.

Als Reagan im Kongreß wegen der Hilfe für die Contra-Söldner auf Widerstand stieß, reagierte die Regierung darauf mit einer Kombination inhaltsloser Gespräche mit den Sandinistas und mit Kanonenbootdiplomatie. Zusätzlich zur *Kennedy* haben die USA zur Zeit den atomaren Flugzeugträger *Eisenhower* und ihre beiden großen taktischen Schlachtschiffe (die *Iowa* und die *New Jersey*) in die Karibik entsandt. Berichten zufolge fließt jetzt anonyme Hilfe aus dem „privaten Sektor“ (etwa von der „Firma“) zu den nicaraguanischen Contras. Und das Pentagon hat eine Reihe von „Übungsmanövern“ in Kompaniestärke in Honduras angekündigt, womit die fast endlosen US-Manöver fortgesetzt werden, durch die amerikanische Bodentruppen bis zu 5000 Mann gerade an der Grenze zu den Sandinistas und den linken Guerillakämpfern der FMLN in El Salvador postiert wurden.

Krieg an der Heimatfront

Innerhalb Nicaraguas haben die Angriffe der Contras an Zahl und Stärke beträchtlich zugenommen. Im März sind schätzungsweise 10 000 Söldner in ihrer bislang größten Offensive in das Land eingedrungen. Obwohl sie hinsichtlich ihres Ziels, ein Stück nicaraguanischen Territoriums zu erobern (um dort eine „provisorische Regierung“ zu

errichten, die dann die Marines um Hilfe bitten könnte), geschlagen wurden, rechnet sogar die sandinistische Armee mit etwa 6000 somozistischen Konterrevolutionären, die jetzt im Lande selbst operieren. Laut Daniel Ortega (*Barricada*, 5. Mai) hat Nicaragua in drei Jahren des Kampfes über 200 Millionen Dollar an materiellen Verlusten erlitten. 1983 belief sich der materielle Schaden, den die

auch der katholische Priester Luis Peña angehörte. Sandinistische Sicherheitsoffiziere ertappten Pater Peña auf frischer Tat, als er gerade eine Einkaufstasche voll mit Handgranaten, Sprengstoff, konterrevolutionärer Propaganda und der gelb-weißen Fahne (den Farben des Vatikans) der Nicaraguanischen Demokratischen Front (FDN) jemandem übergeben wollte. Das hielt Erzbischof Obando y Bravo nicht davon ab, zu einer Protestdemonstration gegen Peñas Hausarrest in der päpstlichen Nuntiatur aufzuziehen. Als zehn ausländische Priester, die sich an dieser Provokation beteiligten, aufgefordert wurden, Nicaragua zu verlassen, entfachte Papst Johannes Paul Wojtyla eine als die „größte Protestkampagne (des Vatikans) seit der polnischen Krise“ beschriebene Hetze.

Ein bedeutender Brennpunkt des Kampfes gegen die innere Konterrevolution ist der „Patriotische Militärdienst“ – die Wehrpflicht. Bis Ende dieses Jahres werden insgesamt 30 000 Mann eingezogen sein, um gegen die von den Imperialisten finanzierten Invasoren zu kämpfen. Und die katholische Kirche ruft nicht nur zum „Dialog“ mit diesen berufsmäßigen Killern auf (die während der letzten drei Jahre nicht weniger als 150 Lehrer ermordet haben), sie unterstützt sogar offen Wehrdienstverweigerer. Die Antwort des FSLN-Regimes bestand darin, die sogenannte „Volkskirche“ (volkstümliche Gemeinden, die die Autorität der katholischen Hierarchie ablehnen) zu fördern und sich zu rühmen, daß Nicaragua gegenwärtig das einzige Land in der Welt sei, wo die Minister für Erziehung, Kultur und Äußeres Priester sind! Gewiß ist es unbedingt notwendig, die Widersprüche zwischen den proimperialistischen Kirchenführern und der traditionell religiösen Bevölkerung zu verschärfen, deren Söhne von den Contras getötet werden. Doch kann die Beschwichtigung der katholischen Hierarchie nur den Contras nützen. Von Polen bis Nicaragua ist der Vatikan eine Agentur der Konterrevolution.

Weitere entscheidende Schlachtfelder im Kampf gegen die kapitalistische fünfte Kolonne sind Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln. Über zehn Prozent von Nicaraguas Getreidespeichern sind bereits vernichtet worden, und mit zunehmender Knappheit bei den Grundnahrungsmitteln hat eine wilde Preistreiberi der Spekulanten um sich gegriffen. Das verstört und entfremdet nicht nur die Mittelschichten, sondern auch die ärmsten Schichten, die erstens keine Hausangestellten haben, die in langen

Fortgesetzt auf Seite 8

Neu im Abonnement!



DM 5,- für 4 Ausgaben
(Einzelausgabe DM 1,50)

Zu bestellen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Nachfolgend drucken wir die Grüße der iST an eine Konferenz kurdischer Militanter, die diesen Sommer in Zentraleuropa abgehalten wurde.

Genossen, ich begrüße euch im Namen der internationalen Spartacist Tendenz. Als Revolutionäre betonen wir nachdrücklich, daß die zukünftige Befreiung der kurdischen Massen darin liegt, daß sie ihren eigenen unversöhnlichen Kampf um nationale und soziale Befreiung führen, Hand in Hand mit dem Kampf der wahrhaft internationalistischen marxistischen Kräfte anderswo. Das ergibt zusammengenommen die wahrhaft leninistische, kommunistische Internationale, die entschieden darauf verpflichtet ist, jede Ausbeutung und Unterdrückung auf diesem Planeten zu zerschlagen. Die internationale Spartacist Tendenz ist wachsam gegen jeden Angriff auf das kurdische Volk, gegen jede Ungerechtigkeit. Von Sydney in Australien, über London bis Deutschland hat die internationale Spartacist Tendenz Seite an Seite mit kurdischen Militanten zur Verteidigung ihrer Rechte demonstriert. Als einen Beitrag zu euren Überlegungen bieten wir euch unsere Anschauungen an, sie gründen sich auf die Schlußfolgerungen aus der Geschichte, besonders auf die Bestätigung im Kampf des Genossen Lenin, der den ersten erfolgreichen multinationalen Klassenkampf angeführt hat.

Wie man an unserem Banner ablesen kann, machen wir klar: Wir verteidigen unerschütterlich das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung. Selbstbestimmung ist ein demokratisches Recht, aber seine Durchsetzung kann viele unterschiedliche Formen annehmen. Wir müssen davon ausgehen, daß es im Kapitalismus keine lebensfähige Lösung für die Selbstbestimmung der Kurden geben kann, wegen des Charakters der vier kapitalistischen Regierungen, die die Kurden unterdrücken und ihnen ihre Rechte vorenthalten.

Die meisten von uns würden sicher zustimmen, daß wir eine sozialistische Lösung anstreben. Aber was heißt das? Man muß programmatisch sehr genau sein. Denkt nur an die vielen unterschiedlichen afrikanischen Staaten, die unabhängig geworden sind. Diese durch und durch kapitalistischen Staaten herrschen auf despotische Art und Weise und mißbrauchen ihr eigenes Volk und die angrenzenden Völker. Und gleichzeitig nennen sie sich marxistisch und sozialistisch. Um den Sozialismus zu erreichen, ist es notwendigerweise erforderlich, die Besitzenden, die Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu enteignen und die Herrschaft der Arbeiter und Bauern zu errichten.

Genossen, die Geschichte lehrt uns: Ohne die soziale Kraft des Proletariats und ohne eine leninistische Partei, die diese Kraft organisiert und die als Volkstribun aufrtritt, sind die heldenhaften Kämpfe der Vergangenheit oft in Niederlagen geführt worden. Die kurdischen Massen müssen eine Allianz mit den

arabischen, persischen und türkischen Arbeiterklassen anstreben; diese muß man dazu bringen, die entschiedensten Vorkämpfer des Rechts auf Selbstbestimmung für die Kurden gegen den Großmachtchauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisien zu werden. Die Bolschewiki haben die russischen Werktätigen zur Erkenntnis gebracht, daß sie nie frei werden können ohne entschiedenen Kampf gegen großrussischen Chauvinismus. Solch eine Partei muß in jedem Staat aufgebaut werden. Sie muß die Waffe werden, um die proletarischen und bäuerlichen Massen zum Sieg zu führen und in der Konsequenz solche Siege anderswo zu erreichen.

Wir wissen, daß zu diesen revolutionären Kämpfern die kurdischen Frauen zählen werden. Heute sind sie die Sklaven der Sklaven, aber wenn ihr Bewußtsein geweckt worden ist, werden sie zu den besten Kämpfern für die Ideen der Revolution und des Kommunismus gehören.

Das kurdische Volk versucht verzweifelt, aus dem Morast von nationaler Unterdrückung und Chauvinismus auszubrechen. Bei der schmutzigen nationalistischen Blutfehde zwischen Iran und Irak haben wir von der internationalen Spartacist Tendenz darauf hingewiesen, daß die werktätigen Massen in Iran, die Werktätigen in Irak kein Interesse daran haben, daß die eine oder die andere Seite gewinnt. Wir haben gesagt: Verwandelt diesen reaktionären nationalistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Mullahs und die Obristen. Das kurdische Volk, das sowohl von den Ba'athisten als auch von Chomeinis Revolutionsgarden grausam angegriffen wird, haben wir darauf hingewiesen, daß der Iran-Irak-Krieg ihnen die einzigartige Möglichkeit bietet, einen Nationalstaat zu erkämpfen, die beste seit der kurzlebigen „Kurdischen Republik“ von Mahabad im Jahre 1946.

Genossen, wir müssen von den Kämpfen anderer unterdrückter Nationalitäten lernen. Das nördliche Gebiet des osmanischen Reiches, der Balkan, ist wie der Nahe Osten historisch ein Hexenkessel von nationalem Haß gewesen. Dort hat es eine größtenteils serbische und montenegrinische kommunistische Partei unter der Führung des Kroaten Tito zustande gebracht, den, wenn auch deformierten, Arbeiterstaat Jugoslawien zusammenzuschweißen.

Im Gegensatz dazu ist der Libanon das extremste Beispiel dafür, daß die kapitalistische Klasse und die anderen besitzenden Klassen unfähig sind, irgendetwas zustande zu bringen, was der Befriedigung der Massen näher kommt. Die Palästinenser können von den arabischen Bourgeoisien nichts erwarten. Diese haben immer wieder ihre totale und feige Unterordnung unter die Pläne der blutsaugenden imperialistischen Mächte klargemacht, besonders der USA, die versucht haben, sich im Libanon festzusetzen als einem Startpunkt für ihren antisowjetischen Feldzug. Der gegenwärtige zionistische Staat muß zerschlagen und ersetzt werden durch

die kommunistische Macht der Arbeiterklasse, gestützt auf die arabisch und hebräisch sprechenden Arbeiter. Dabei können die letzteren eine äußerst wertvolle kulturelle und technische Hilfsquelle darstellen für die Schaffung der Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens.

Der schmachvolle Rückzug der USA aus dem Libanon hat den Antisowjetismus der

unterentwickelten der unterdrückten Nationalitäten im zaristischen Völkergefängnis, die Machteroberung des Proletariats in Rußland. Und umgekehrt haben die unterdrückten Nationalitäten im heutigen sowjetischen Zentralasien und der äußeren Mongolei, angeregt von der Machteroberung der Arbeiter in Petrograd und Moskau und unterstützt von Abteilungen von Trotzki's Roter Armee,



London, 31. März 1983: Spartacists fordern Selbstbestimmungsrecht für Kurden auf Einheitsfrontdemonstration vor türkischer Botschaft

Imperialisten nicht verringert. Heute dreht sich die Politik des US-Imperialismus vollständig um einen antisowjetischen Kriegskurs, im Bündnis mit seinen europäischen NATO-Alliierten; einschließlich Kohls imperialistischer Regierung. Dieser Kriegskurs richtet sich gegen die Errungenschaften, die von der Oktoberrevolution übrig geblieben sind – das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln, das Außenhandelsmonopol und die Planwirtschaft. Wir treten ein für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus und gegen Versuche einer kapitalistischen Restauration von innen.

Genossen, es ist das großartige historische Beispiel der russischen Revolution gewesen, das dramatisch bestätigt hat, daß in der Epoche des imperialistischen Niedergangs demokratische Rechte und Prinzipien vollständig nur durch das revolutionäre Proletariat an der Macht durchgesetzt werden können. Es gibt zahlreiche unterdrückte Völker, denen die Komponente einer starken Arbeiterklasse fehlt. Während es viele kurdische Arbeiter gibt, arbeiten die meisten außerhalb der geographischen Gebiete mit einer vorherrschend kurdischen nationalen Identität. Daß das kurdische Proletariat hauptsächlich in der Diaspora existiert, kompliziert natürlich unvermeidlicherweise eure politischen Aufgaben; aber dies ist ein Problem, vor dem auch schon andere gestanden haben. In der Tat erleichterte der entschiedene Kampf der bolschewistischen Partei für das Recht auf Selbstbestimmung, selbst für die am meisten

einen Weg gefunden zu ihrer eigenen Befreiung vom Joch nationaler und feudaler Unterdrückung, besonders durch den Einsatz organisierter Frauen und Jugendlicher. Selbst heutzutage schauen viele Kurden auf die UdSSR, wo ihre Brüder und Schwestern ihre demokratischen nationalen Rechte ausüben und sich an den Ergebnissen von Wissenschaft und Technik und an der Erziehung des zwanzigsten Jahrhunderts erfreuen.

Die Lösung für die Unterdrückung der kurdischen Massen kann nur in der ganzen Region stattfinden. Dies schließt die Zerschlagung von vier reaktionären bürgerlichen Regimes ein. Die proletarische Revolution ist in der Realität das Endergebnis von zahlreichen Kämpfen, Bewegungen und Kampagnen. Wir wissen: Der Kampf für eine vereinigte sozialistische Republik Kurdistan wird geformt werden durch die zukünftige Entwicklung des revolutionären Proletariats der ganzen Region in Richtung auf eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens, und seinerseits beeinflusst er diese Entwicklung. Unser Modell ist Lenins Rußland von 1917 bis 1924, wo die Bolschewiki den nationalen Minderheiten die Möglichkeit und die Vorteile einer Assoziation mit der Sowjetischen Föderation angeboten haben. Für unseren Teil haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die internationalistische Partei der weltweiten proletarischen Revolution zu schmieden, und wir sprechen zu euch mit dem Verständnis, daß von dem Aufbau dieser Partei die Zukunft der Menschheit abhängt. ■

Greift zu!

Einführungsabonnement:
8 Ausgaben SPARTAKIST
10 Ausgaben WORKERS VANGUARD
für nur **DM 15,-**

Abo SPARTAKIST allein
einschließlich SPARTACIST
(deutsche Ausgabe) **DM 8,50**

Bu broşürleri ismarla!

Spartaküs Ligasi'nin
Temel Prensipleri **DM 0,30**

TKP Leninistleri
Üzerine Yazılar **DM 2,-**

Geçiş Programı **DM 5,-**

Zu bestellen über/yazışma adresi
Postfach 1 67 47, Frankfurt 1
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

So sehr er sich auch bemüht, Reagan hat in seinen Bemühungen, das amerikanische Volk zum Krieg gegen die Sowjetunion aufzuhetzen, das „Vietnam-Syndrom“ nicht überwunden. Daher versuchte Reagan Anfang Juni, sich im Glorienschein des amerikanischen Sieges im Zweiten Weltkrieg zu sonnen, indem er zur Normandie-Küste zurückkehrte, wo amerikanischen Truppen am D-Day („Tag der Entscheidung“), 6. Juni 1944, gelandet waren. Dies war der letzte populäre Krieg für den amerikanischen Imperialismus, und er war populär, weil er als „Krieg gegen den Faschismus“ ausgegeben wurde, gegen Nazi-Deutschland – ein wirkliches Reich des Bösen, das Europa in einen totalitären Alptraum verwandelte, das jüdische Volk sowie Millionen von Slawen und andere Völker vernichtete, Arbeiterorganisationen erwürgte und die Sowjetunion zu zerstören drohte, den ersten Arbeiterstaat der Welt. Reagan würde liebend gern die Kreuzzugsatmosphäre des Zweiten Weltkriegs wiederbeleben, um für seinen Krieg gegen den Kommunismus zu mobilisieren.

So kurbelten die amerikanischen Nachrichtenmedien für den 40. Jahrestag von D-Day wieder die alte Propagandamaschinerie der Kriegszeit an. Die *New York Times* kramte Drew Middleton hervor, der als Kriegskorrespondent von den alliierten Landungen berichtet hatte. Täglich veröffentlichte er eine Kolumne über „Denkwürdigkeiten“, mit denen er die Heldentaten von den Omaha- und Utah-Landeköpfen verherrlichte. Im Fernsehen sendeten sie erneut die alten Frontberichte der Kriegszeit, und zum x-ten Male brüsteten sich amerikanische Reporter schamlos, daß D-Day „der längste Tag in der Geschichte der modernen Welt“ gewesen sei.

Zum wiederholten Male versucht die amerikanische herrschende Klasse die Ehre für die „Vernichtung des Faschismus“ für sich in Anspruch zu nehmen. Doch es war damals eine Lüge, und es ist immer noch eine Lüge. Es waren die Russen, die Nazi-Deutschland zerschlugen. In einer Zeitungsspalte mit dem Titel „Chernenko Deserves To Be at Normandy“ schreibt ein antifaschistischer Liberaler, Allan A. Ryan Jr.:

„Im Juli 1943 brach die Schlacht von Kursk Hitlers Rückgrat im Osten – schätzungsweise 70 000 Nazis starben und 5000 Panzer, Flugzeuge und Geschütze wurden zerstört. Wäre der Ausgang anders gewesen, hätte es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine alliierte Landung im Juni 1944 gegeben, und das Hakenkreuz hätte vielleicht bis 1950 über Europa geweht.“ (*New York Times*, 5. Juni)

Tatsächlich gab es während des größten Teils des Krieges keine nennenswerte Westfront – nahezu 95 Prozent aller deutschen Truppen waren bis zur Invasion 1944 gegen die Russen eingesetzt, wie Sowjetmarschall Ustinow Mitte Juni bitter vermerkte.

Aber selbst als Reagan ein Lippenbekenntnis in Anerkennung der 20 Millionen Sowjetbürger ablegte, die im Krieg gestorben waren (die USA verloren 292 000), schaffte er es, die Zeremonie zu einer antisowjetischen Kund-



Marschall Schukow, der Sieger von Stalingrad und Befreier Berlins

Viel Wind um die Landung in der Normandie

Die Russen zerschlugen Nazi-Deutschland



8. Mai 1945 – Als Symbol der Befreiung Berlins von der Nazi-Herrschaft weht die Rote Fahne der sowjetischen Armee über dem Reichstag

gebung zu verwandeln. „Etliche befreite Länder gingen verloren“, klagte Reagan in seiner nahe am Omaha-Landekopf gehaltenen Rede. Verloren für wen? „Die große Trauer über diese Verluste hallt bis in unsere Zeit in den Straßen von Warschau, Prag und Ostberlin wider. Die sowjetischen Truppen, die bis zur Mitte des Kontinents kamen, gingen nicht, als der Frieden kam“, sagte er. Diese Klage war es, um die sich die D-Day-Zeremonie drehte.

Für die amerikanischen und britischen Imperialisten ging es beim Zweiten Weltkrieg nicht um die Zerschlagung des Faschismus, sondern um die Neuaufteilung der Beute der kapitalistischen Profite. Und für diese „gute Sache“ wünschen sie, daß Hitler die Macht der Sowjetunion gebrochen hätte. Wie Senator (später Präsident) Harry Truman im Juni 1941, dem Tag nach Hitlers Einmarsch in die Sowjetunion, sagte: „Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, um sie auf diese Weise so viele wie möglich töten zu lassen“ (zitiert nach Lewis Gaddis, *Strategies of Containment*, 1982). So wurde D-Day von den Vereinigten Staaten und Britannien wiederholt verschoben, in der Hoffnung, daß Nazi-Deutschland Rußland schröpfen würde (und umgekehrt).

Aber Rußland besiegte Deutschland aus eigener Kraft und führte eine antikapitalistische soziale Revolution, wenngleich bürokratisch deformiert und von oben, in Ost- und Zentraleuropa durch. Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann der Imperialismus den Kalten Krieg, um ein „Roll-back“ des Kommunismus zu organisieren. Kein imperialistischer Politiker ist diesem Ziel so fanatisch ergeben wie Ronald Reagan.

Unternehmen Barbarossa besiegelte Hitlers Niedergang

Die Behauptung, daß D-Day der „Wendepunkt“ des Krieges war, ist ein vollkommener Mythos. Zwar war er die größte See-Landoperation, die je in Gang gesetzt worden ist, aber der Kern der Wehrmacht war schon an der Ostfront zerstört worden, besonders in den entscheidenden Schlachten von Stalin-

grad und Kursk 1943. An der Ostfront und nur an dieser Front gab es den titanischen Kampf zwischen dem Faschismus, dem barbarischsten Ausdruck der kapitalistischen Agonie, und dem Sowjetstaat, der in der bolschewistischen Revolution von 1917 entstanden ist.

Das russische Volk bezahlte einen schrecklichen Preis für seinen Sieg über den Faschismus. Als Hitler das Unternehmen Barbarossa begann, fegte die deutsche Armee in einer verheerenden 1500 Kilometer langen Front über das Land. Allein in den ersten drei Monaten betrug die sowjetischen Verluste (Tote und Gefangene) drei Millionen! Ende 1941 standen die deutschen Armeen vor Leningrad, der Geburtsstätte der bolschewistischen Revolution, und vor Moskau, der sowjetischen Hauptstadt.

Hitlers Blitzkrieg war fast erfolgreich, weil die Verteidigung der Sowjetunion als Ergebnis einer politischen Konterrevolution unterminiert und sabotiert war – der Aufstieg der Stalinschen Bürokratie, die der Arbeiterklasse die politische Macht entriß. Stalin konsolidierte sein bürokratisches Regime während der dreißiger Jahre durch blutige Säuberungen, in denen viele der besten Offiziere der Roten Armee getötet wurden, einschließlich Marschall Tuchatschewskis, dem brilliantesten General des Bürgerkriegs 1917–1921. Leo Trotzki, Oberbefehlshaber der Roten Armee während des Bürgerkriegs, wurde in den späten zwanziger Jahren ins Exil getrieben und schließlich 1940 von einem stalinistischen Agenten in Mexiko ermordet.

Stalin vertraute auf die papiernen Versprechungen des Nazi-Sowjet-Pakts 1939, um der Gefahr des Krieges zu entrinnen. Auch als das Unternehmen Barbarossa eindeutig unmittelbar bevorstand, versuchte er den Angriff durch Befehle an die Streitkräfte aufzuschieben, nicht auf deutsche Flugzeuge zu schießen, nicht in die Nähe der Grenze zu gehen, auf keinen Fall die Deutschen zu provozieren. Der Chefmarschall der Artillerie N. N. Woronow erinnerte sich später:

„Mein Herz war sehr bekümmert. Der Krieg rückte stündlich näher ... Aber im Volkskommissariat für Verteidigung achtete man wenig auf die Gefahrensignale...“

Es war klar, daß der Generalstab nicht glaubte, daß es 1941 Krieg geben würde.

Dieser Gesichtspunkt kam von Stalin.“ (Seweryn Bialer, Hrsg., *Stalin and His Generals*, 1969)

Was die Sowjetunion rettete, war die Ergebnis der sowjetischen arbeitenden Bevölkerung, die die Errungenschaften der Oktoberrevolution 1917 trotz Stalin verteidigte. In Leningrad wurde die ganze Stadt im entschlossenen Kampf bis zum Tode mobilisiert. Eine typische heroische Episode: Als die riesige Izhorsk-Fabrik, die solch entscheidende Güter wie Panzer vom Typ T 34 und KV 60 produzierte, unter deutschen Artilleriebeschuß kam, bildeten die Arbeiter ein Bataillon und gingen an die Front. Nachdem der erste deutsche Vorstoß aufgehalten worden war, grub die Stadt sich für eine Belagerung von 900 Tagen ein – ein wahrer Horror, der, als der Hunger im Winter 1941/42 grassierte, die menschliche Durchhaltekraft auf die Probe stellte. Über 800 000 starben in der Stadt, aber die Nazis haben sie nie einnehmen können.

Der historische Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs kam bei Stalingrad, eine Tatsache, die sogar von solch einem eingeschworenen Antikommunisten wie Winston Churchill zugegeben wurde. Dort kämpften sich die Sowjetarmee und die Bevölkerung der Stadt Häuserblock um Häuserblock durch, Haus um Haus, Fabrik um Fabrik. Sowjetmarschall Wassili I. Schukow, der die Verteidigung in der Innenstadt anleitete, beschrieb den monumentalen Kampf Jahre danach:

„Die örtlichen Behörden und Tausende von Einwohnern der Fabrikbezirke gaben der 62. Armee jede erdenkliche Hilfe. Zum Beispiel reparierten unsere Panzerbesatzungen bei der Traktorenfabrik mit Hilfe der Arbeiter bis zur letzten Minute Panzer, d. h. bis zum 14. Oktober (1942), und bei den Barrikady-Werken reparierten die Arbeiter und unsere Artilleristen gemeinsam Geschütze.“ (Wassili I. Schukow, *Die Schlacht um Stalingrad*, 1963)

Immer wieder stürmte die deutsche Armee die sowjetischen Verteidigungslinien, und im Oktober 1942 kamen sie bis auf 300 Meter an Schukows Stellungen heran. Schließlich begann General Schukow eine massive Gegenoffensive, und im Februar 1943 kapitulierten Feldmarschall Friedrich von Paulus. Zum ersten Mal im Krieg war eine ganze deutsche Armee (334 000 Soldaten) zerstört worden. Der Mythos der „Unbesiegbarkeit“ der Nazis war zerschlagen, die Weichen waren gestellt für die entscheidende Schlacht von Kursk fünf Monate später.

Bei Kursk im Juli 1943 wurde die Crème des deutschen Heeres, das Panzerkorps, in der größten Panzerschlacht der Geschichte (3600 Sowjetpanzer gegen 2700 Panzer der Nazis) in Stücke zerschlagen. Über 1,33 Millionen sowjetischer Truppen wurden über eine Woche lang in einer gigantischen Schlacht eingesetzt, die den Ausgang des Krieges entschied.

Nach Stalingrad und Kursk stürmte die Rote Armee nach Westen, während die Deutschen den Rückzug antraten. Bis Juni 1944 war der größte Teil der Sowjetunion befreit und die Russen bereiteten sich darauf vor, in die von den Nazis besetzten Länder vom Balkan bis nach Polen einzudringen. Die Niederlage Nazi-Deutschlands war in Sicht. Für die westlichen Alliierten, die der Sowjetunion drei Jahre lang die schwersten Kämpfe überlassen hatten, stellte sich jetzt die Frage: „Wer bekommt Berlin?“ Und darin liegt der Ursprung von D-Day – das Wettrennen um Berlin und Deutschland, um den Schlüssel zu Europa.

Die Zweite Front und die Volksfront

Während dreier langer Jahre bat Stalin die westlichen Alliierten, eine zweite Front zu eröffnen, um den Druck auf die Sowjetunion zu reduzieren. Dies war ein Teil der Volksfront-Strategie, auf den „guten Willen“ der „demokratischen“ Imperialisten in Washington und London zu vertrauen. Im Namen des „Krieges gegen den Faschismus“ unterstützten die Stalinisten der amerikanischen Kommunistischen Partei die Einweisung von Amerikanern japanischer Abstammung in Konzentrationslager, waren gegen alle Streiks (KP-Führer William Z. Foster versuchte eine „Zurück zur Arbeit“-Bewegung während des Bergarbeiterstreiks 1943 zu führen) und verurteilten Versuche, Rassismus in den Streitkräften zu beseitigen.

Aber die sklavische Unterstützung der Stalinisten für den Militarismus des US-Imperialismus hat ihren Helden, Franklin D. Roosevelt, nicht an dem Versuch gehindert, Rußland ausbluten zu lassen, während er die militärische/industrielle Macht Amerikas unverehrt im Hintergrund hielt. Diese hinterlistige Politik ist öffentlich von Averell Harriman zugegeben worden, dem US-Botschafter in Moskau während des Krieges: „Ich glaube, daß er (Roosevelt) im Sinn hatte, wenn die großen Armeen Rußlands den Deutschen standhalten konnten, daß es für uns möglich wäre, unsere Beteiligung auf See- und Luftmacht zu beschränken“ (nach Gaddis, *Strategies of Containment*). Die herrschende Klasse der USA beabsichtigte, erst am Ende des Krieges auf den Plan zu treten, wie im Ersten Weltkrieg, und ihre Bedingungen allen kriegsverwüsteten europäischen Mächten zu diktieren, ihren Alliierten wie den geschlagenen Achsen-Mächten.



Trotzkistische Untergrundpresse agitierte unter deutschen Soldaten in Frankreich gegen imperialistischen Krieg

Es war das unerwartet schnelle Vorrücken der Roten Armee gegen Ost- und Zentraleuropa, nicht der Wunsch, Hitler den Rest zu geben, was den Zeitpunkt von D-Day bestimmte. Die zweite Front wurde nicht eröffnet, um die Sowjetunion zu retten, sondern um imperialistische Interessen vor der Sowjetunion zu retten. In einem wissenschaftlichen Werk, *Second Front NOW - 1943* (1980), analysiert Walter Scott Dunn eingehend die Ressourcen der Alliierten und der Deutschen – Panzer, U-Boote, Landungsboote, Flugzeuge, Kampftruppen, Nachrichtendienste usw. – und schlußfolgert, daß „der

Zeitpunkt der zweiten Front sowohl von politischen wie von militärischen Überlegungen bestimmt wurde“. Die militärischen Vorbereitungen für die Invasion Frankreichs „waren bis April 1943“ erfüllt. US-General a. D. Wedemeyer unterstützt diese Ansicht in einem Vorwort zu Dunns Buch und jammert, daß die Amerikaner nicht vor den Russen in Berlin waren:

„Sie, statt die Sowjets, hätten einen Großteil Zentraleuropas erobern und besetzen können. Die Nachkriegsgeschichte hätte sich dann unter politischen und ökonomischen Bedingungen entfalten können, die sehr viel vorteilhafter für die Freie Welt gewesen wären.“

Der US-Imperialismus wollte ganz Europa dominieren, dies wurde durch den sowjetischen Sieg vereitelt.

Während die Stalinisten für eine amerikanisch/englische Invasion des europäischen Kontinents agitierten, erkannten die Trotzkisten, daß ein Sieg für Roosevelts Amerika im Zweiten Weltkrieg das stärkste imperialistische Land der Welt enorm stärken würde. Anfang 1942, kurz nach dem Eintritt der USA in den Krieg, hatte James P. Cannon, der Führer der damals trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP), die revolutionäre Position zum Zweiten Weltkrieg dargelegt (als Roosevelt Vorbereitungen traf, Cannon und andere Führer der SWP mit Hilfe des Smith Act ins Gefängnis zu werfen).

„Die Überlegungen, die unsere Haltung zum Krieg bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und den Achsen-Mächten bestimmten, behalten in der neuen Situation ihre Gültigkeit.“

Wir schätzen den Krieg auf der Seite aller kapitalistischen Mächte – Deutschland und Frankreich, Italien und Großbritan-

nien – als einen imperialistischen Krieg ein.

Diese Charakterisierung des Krieges wurde für uns bestimmt durch den Charakter der betreffenden Staatsmächte. Das waren alles kapitalistische Staaten in der Epoche des Imperialismus; selber imperialistisch – andere Nationen oder Völker unterdrückend – oder Satelliten von imperialistischen Mächten. Die Ausweitung des Krieges auf die Pazifik-Region und der formale Eintritt der Vereinigten Staaten und Japans ändert nichts an dieser grundlegenden Analyse...

Diese Charakterisierung des Krieges trifft nicht auf den Krieg der Sowjetunion gegen den deutschen Imperialismus zu. Wir machen einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Sowjetunion und ihren ‚demokratischen‘ Alliierten. Wir verteidigen die Sowjetunion. Die Sowjetunion ist ein Arbeiterstaat, obwohl degeneriert unter der totalitären Herrschaft der Kremlobükratie. Nur Verräter können dem sowjetischen Arbeiterstaat die Unterstützung in seinem Krieg gegen das faschistische Deutschland verweigern. Die Sowjetunion zu verteidigen, trotz Stalin und gegen Stalin, heißt das nationalisierte Eigentum zu verteidigen, das durch die Oktoberrevolution errichtet worden ist. Das ist ein progressiver Krieg.“ („A Statement on the War“, *Fourth International*, Januar 1942, Hervorhebung im Original)

Heute, während Reagans Amerika ein nukleares Unternehmen Barbarossa gegen die Sowjetunion plant, stehen wir Trotzkisten wieder entschlossen auf den Barrikaden in Verteidigung der Oktobererrungenschaften.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 357, 22. Juni

Sieg den britischen Bergarbeitern! Räumt Thatcher weg!

Macht das ganze Land dicht!

Nach Erscheinen folgenden Artikels im Workers Vanguard ging der Streik der britischen Hafenerbeiter, die Seite an Seite mit den Bergarbeitern standen, zum zweiten Mal durch Ausverkauf zu Ende. Dabei stimmten die Gewerkschaftsführer Regelungen zu, die die Hafenerbeiter schlechter stellen als vor Streikbeginn. Dieser Verrat erhielt Unterstützung durch den Verlauf des vorher abgehaltenen nationalen Kongresses des Gewerkschaftsdachverbandes TUC (Trades Union Congress) in Brighton. Die Phrasendrescherei der Labour-Party- und TUC-Bürokraten, bei der der nationale Ausstand der Hafenerbeiter nicht einmal erwähnt wurde, sollte dazu dienen, ein Ende des militanten Bergarbeiterstreiks um jeden Preis zu erreichen. Bergarbeiterführer Scargill bewies in Brighton, daß er nicht offen gegen die etablierte Labour-Bürokratie kämpfen will. Zum zweiten Male innerhalb von zwei Monaten stand Britannien am Rande des Generalstreiks. Wenn auch der Hafenerbeiterstreik jetzt zu Ende ging, darf sich die Niederlagenstrategie der feigen TUC-Führung nicht durchsetzen. Die Labour- und TUC-Streikbrecherführer, gestellt vor die Alternative, würden zwar eher die Zerstörung der NUM-Gewerkschaft vorziehen als einen Generalstreik, der die Eiserne Lady in die Knie zwingt, doch kann dieser Dolchstoß in das Herz der britischen Arbeiterklasse verhindert werden. Millionen Arbeiter wissen, wenn die Bergarbeiter verlieren, verlieren wir alle. Unsere Genossen der Spartacist League/Britain faßten in der September-Ausgabe ihrer Zeitung, die jetzt in Workers Hammer umbenannt wurde, das Ergebnis von Brighton zusammen: „Scheiße in Brighton, Klassenkrieg an den Streikposten. Generalstreik jetzt!“

über einem Monat steht Britannien am Rande eines Generalstreiks.

Am 24. August riefen die Führer der Transport and General Workers Union (TGWU), in der Hafenerbeiter und Lastwagenfahrer organisiert sind, einen nationalen Hafenerstreik aus. Der Streikbeginn wurde beschleunigt, als schottische Hafenerbeiter in Hunterston, die in Solidarität mit den streikenden Bergleuten Schiffsladungen von Kohle und Eisenerz boykottierten, ihre Arbeitsplätze verließen, nachdem Streikbrecher und Stahlarbeiter ein mit Kohle beladenes Schiff entladen hatten. Die Hafenerbeiter, die an strategischer Stelle stehen und deren Aktion in wenigen Wochen die Inselwirtschaft schwer anschlagen kann, schließen sich jetzt den 140 000 Kumpels an, die seit fast sechs Mo-

naten so heroisch gekämpft haben. Und nur ein paar Minuten, nachdem der Führer der Hafenerbeiter John Connolly den Streik verkündet hatte – wobei er drohte, ihn durch Streikaktionen der in der TGWU organisierten LKW-Fahrer zu unterstützen –, gaben die Eisenbahngewerkschaften Anweisung, die Streikpostenkette der Hafenerbeiter anzuerkennen, und Seeleute begannen den Kanalverkehr zu boykottieren.

Die britische Arbeiterbewegung steht an einem entscheidenden Wendepunkt. 18 Wochen lang kämpften die Bergarbeiter praktisch allein gegen die blutdürstige Thatcher und ihre Armee aus Polizei, SAS-Männern (britische Spezialeinheit) und Streikbrechern. Endlich traten im Juli die Hafenerbeiter in den Streik. Die Regierung

geriet ins Wanken. Das Pfund fiel auf seinen niedrigsten Wert, die Zinsraten stiegen dramatisch – die Eiserne Lady hätte gestürzt werden können. Dann kapitulierten die TGWU-Führer, und die Bosse witterten erneut Blut. Doch die Bergarbeiter haben mit ihrem harten und zähen Kampf, der riesige Sektoren der Arbeiterbewegung und der Unterdrückten anspornte, wieder einen wichtigen Verbündeten für die Streikpostenkette gewonnen. Die Macht, Thatcher zu besiegen, ist greifbar nahe: das ist die Bedeutung des neuen Hafenerbeiterstreiks. Und dieses Mal darf es keinerlei Rückzug geben: Entweder wird die Sache jetzt durchgekämpft als harte politische Herausforderung, die diese Regierung ins Wanken bringt, oder es heißt Kapitulation vor Thatcher und damit die Verkrüppelung der britischen Arbeiterbewegung.

Heute steht eine Reihe strategisch wichtiger Gewerkschaften entweder Schulter an Schulter mit den Kumpels im Streik oder nimmt zumindest öffentlich eine Haltung zu ihrer Unterstützung ein. Die Militanten müssen die Führer dieser Gewerkschaften dazu auffordern, jetzt eine umfassende koordinierte Streikaktion zu starten. Wie wir vor einem Monat schrieben:

„Die NUS, NUR, ASLEF (Seeleute, Eisenbahner und Lokomotivführer) und die TGWU müssen alle ihre Mitglieder zu sofortiger Streikaktion aufrufen. Wenn Eisenbahnen, Transport, Gruben und Häfen still liegen, dann wird das ein Generalstreik sein. Das wird eine machtvolle Grundlage schaffen, um andere Schlüssel-sektoren der Arbeiter, vor allem bei Stahl und Energie, hinauszuziehen, über die Köpfe ihrer Irreführer hinweg, die Streikbrecher beschützen... Eine wiederbelebte, kämpfende Neuauflage der Dreieral-



Bergarbeiter verteidigen sich gegen die von Thatcher bezahlten Streikbrecher

London, 27. August – Die Kohlengruben liegen still. Und nun werden die wichtigsten Häfen bestreikt. Zum zweiten Mal in etwas

Fortgesetzt auf Seite 9

Nicaragua . . .

Fortsetzung von Seite 4

Schlangen für sie um Lebensmittel anstehen können, und zweitens auch nicht das Geld, um die maßlosen Schwarzmarktpreise zu bezahlen. Da sich die Konflikte mit Marktvorkäufern vervielfachen, erließ der Staatsrat am 1. Juni ein Gesetz, das die Verteilung von acht Grundnahrungsmitteln regelt. Weil sie jedoch nach wie vor versuchen, eine „gemischte Wirtschaft“ aufrechtzuerhalten, haben die Sandinistas die Nahrungsmittelbeihilfen drastisch gekürzt, um die Preise für die bäuerlichen Produzenten wie bisher stützen zu können.

Im Herbst 1917 sah sich Rußland ebenfalls dem Gespenst schmerzlicher Knappheit, des wirtschaftlichen Chaos und des Hungers gegenüber, als bürgerliche „Demokraten“ damit drohten, der Rückkehr der zaristischen Generale den Weg zu bahnen. In seiner Schrift „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ führte W. I. Lenin aus, was zu tun war:

„Im Grunde genommen läuft die ganze Frage der Kontrolle darauf hinaus, wer wen kontrolliert, d. h. welche Klasse die kontrollierende und welche die kontrollierte ist. Bei uns, im republikanischen Rußland, wird bisher, unter Beteiligung der ‚rechtmäßigen Organe‘ der quasirevolutionären Demokratie, den Gutsbesitzern und Kapitalisten die Rolle der Kontrolleure zuerkannt und belassen. . . Man muß entschieden und unwiderruflich, ohne sich zu fürchten, mit dem Alten brechen, ohne sich zu fürchten, kühn Neues aufbauen, zur Kontrolle über die Gutsbesitzer und Kapitalisten durch die Arbeiter und Bauern übergehen.“

Lenins Antwort war die Oktoberrevolution, eine proletarische Revolution unter Führung der bolschewistischen Partei, die alle Macht den Sowjets gab. Heute in Nicaragua ist die Wirtschaft immer noch zum großen Teil in privaten Händen, von reichen Großgrundbesitzern bis zu tausenden Kleinunternehmern. Um das Horten von Waren, den Schwarzmarkthandel und damit letztlich den Hungertod zu verhindern, müssen die arbeitenden Massen Nicaraguas durch ihre Gewerkschaften, Milizen und Nachbarschaftskomitees mobilisiert werden – nicht bloß, um auf die Zwischenhändler aufzupassen, sondern um die Kapitalisten zu enteignen, deren beständige Sabotage der Produktion und Verteilung haargenau so gefährlich ist wie die CIA-Terroristen.

Verteidigt, vollendet, weitet die nicaraguanische Revolution aus!

„Eine Invasion Nicaraguas ist nicht unmöglich“, erklärte der amerikanische Botschafter im letzten Dezember im benachbarten Costa Rica. Und die Sandinistas wissen das. In den vergangenen beiden Jahren kreischte das linksliberale „Solidaritäts“-Milieu vor Entsetzen über die Spartacist-Lösungen „Stoppt Reagans Schweinebucht – Nicaragua braucht MIGs!“ und „Die Verteidigung von Kuba, UdSSR beginnt in El Salvador!“ Rußland hat nichts mit Mittelamerika zu tun, schreien sie und versuchen damit, ihre „Bewegung“ für die Demokraten sauberzuhalten. Aber Ende Juni besuchte FSLN-Junkoordinator Ortega Moskau in der



Die Sandinista-Zeitung **Barricada** vom 9. Juli berichtet über den Protest der Spartacist League/U.S. gegen den Besuch von „Contra Zero“, Eden Pastora, im letzten November in New York

Hoffnung, dringend benötigte Düsenjäger zu bekommen, „seien es von den Sowjets gebaute MIGs oder Mirages made in France“ (*Barricada*, 11. Juni). Gewiß ist die Vorstellung, daß Sozialdemokrat Mitterrand Düsenjäger für den Einsatz gegen seinen NATO-Verbündeten Reagan nach Nicaragua schicken würde, ein „Mirage“, ein wahres Wunder.

Und die Vorstellung einer „blockfreien“ sozialen Revolution, die von den Imperialisten akzeptiert werden würde, ist eine gefährliche Illusion. Die gegenwärtige Regierung in Washington hat nur allzu deutlich gemacht, daß es ihr darum geht, die sandinistische Revolution als Teil ihres weltweiten Kriegskurses gegen die Sowjetunion „zurückzurollen“. Und auch wenn die Demokraten sich aus Reagans Gerede vom „Reich des Bösen“ nichts machen, haben sie doch keinen Zweifel daran gelassen, daß sie ebenso antisowjetisch sind wie jeder beliebige andere Imperialist. Ihnen geht es lediglich darum, daß die USA in Vietnam eine entscheidende Niederlage erlitten, und sie einen weiteren verlorenen Krieg vermeiden wollen. Daher suchen sie nach einem friedlichen Weg für die Konterrevolution in Mittelamerika, durch „Conatadora“-Verhandlungen und durch von den Imperialisten aufgedrängte „Wahlen“. Die bevorstehende Wahl in Nicaragua ist großenteils eine Propagandaübung zwecks Beschwichtigung der Demokraten im Kongreß.

In Nicaragua (und nicht bloß dort) waren „freie Wahlen“ stets eine Parole und eine Beschönigung der Intervention der Yankees. 1856 wurde der Südstaaten-Freibeuter William Walker von nicaraguanischen Liberalen ins Land geholt – prompt erklärte er Englisch zur offiziellen Sprache, legalisierte die Sklaverei und hielt „freie Wahlen“ ab, um sich selbst zum Präsidenten zu wählen. 1912 wurden die Marines geschickt, um die Wahl von Adolfo Diaz, eines Buchhalters einer amerikanischen Bergwerksgesellschaft, zum Präsidenten sicherzustellen. Unter der US-Besetzung, die fast durchgehend bis 1933 andauerte, gab es verschiedene „freie Wahlen“, in denen stets der von Washington ausgesuchte Kandidat gewann. Und von 1934 bis 1979 ließ die Somoza-Dynastie regelmäßig ein Familienmitglied (oder einen ihrer Lakaiken) gebührend wählen. Wen wundert's also, daß die nicaraguanischen Massen von Reagans Denunziation des sandinistischen Wahl„betrugs“ im November nicht sonderlich beeindruckt sind.

In Wahrheit wendet sich bei diesen Wahlen der vergangene und gegenwärtige Kurs der FSLN auf Versöhnung und Ausgleich mit der einheimischen Bourgeoisie gegen die Sandinistas selbst. Der Nicht-Kandidat der

bürgerlichen Opposition, Arturo Cruz, ist ein ehemaliges Mitglied der herrschenden Junta, ein Bankier, der keinerlei politische Autorität besäße, wenn die Sandinistas ihn nicht zum Vertreter der „demokratischen“ Bourgeoisie erkoren hätten. Nun ist er der Bannerträger der „demokratischen“ Konterrevolution. (Ebenso ist Contra-Führer Robelo ein früherer „patriotischer“ Juntaführer, der heute offen für den CIA arbeitet.) Während kleinbürgerliche Nationalisten wie die Sandinistas eine politische Zusammenarbeit mit Schichten der Kapitalisten anstreben, organisieren Kommunisten die arbeitenden Massen unabhängig von ihren Ausbeutern und gegen ihre Ausbeuter. Die Trotzlisten kämpfen für die Sowjetdemokratie der Arbeiter- und Bauernräte, die das ganze Gebäude des unterdrückerischen bürgerlichen Staates ersetzen können.

Laut jüngsten Berichten aus Managua haben die Sandinistas „sich mit der Wahrscheinlichkeit abgefunden, daß Präsident Reagan wiedergewählt werden wird“, und daß die FSLN ein „Überleben als einzige revolutionäre Regierung in der Region“ (*Guardian*, London, 23. Juli) erwartet. Das ist das Programm für eine Katastrophe. Zuerst ist jetzt die Stunde für eine kühne Aktion gekommen. Selbst ein kriegsbessener Reagan wird kaum ausgerechnet im Wahlkampf die Marines hinschicken; und wenn er wiedergewählt wird, dann wird „Koexistenz“ mit Nicaragua gewiß das letzte sein, was diesen Hollywood-Rauhreiter im Weißen Haus interessiert. Überdies kann der gegenwärtige (politische) Balanceakt der Sandinistas auf dem Drahtseil offenkundig nicht von langer Dauer sein. Einfach um die bisher gewonnenen Errungenschaften zu verteidigen, wird es notwendig sein, eine tiefgehende soziale Umwälzung durchzuführen. Diese könnte der Kontrolle der sandinistischen Comandantes entgleiten, indem sie die Schranken selbst eines deformierten Arbeiterstaates nach kubanischem Vorbild überschreitet und eine permanente Revolution entfacht.

Um die verarmten Massen Mittelamerikas zu befreien, ist es notwendig, für eine Arbeiterrevolution zu kämpfen, die sich, geführt von leninistisch-trozkistischen Parteien, über diese Armutregion hinaus nach Mexiko mit seinem mehrere Millionen starken Industrieproletariat und bis zu dem imperialistischen Herzland der Vereinigten Staaten ausdehnt. Das ist vor allem die Aufgabe der nordamerikanischen Revolutionäre, die nicht auf die Demokraten blicken, sondern auf die Arbeiter, die zum Boykott von US-Waffenlieferungen nach Mittelamerika, zu politischen Streiks gegen eine amerikanische Intervention und zu militanter Arbeiteraktion für Reagans Sturz aufrufen. Und genau dafür kämpft die Spartacist League.

Nach Workers Vanguard Nr. 360, 3. August

VDO . . .

Fortsetzung von Seite 3

Friedenstaube gegen Pershings. Der bürgerliche Staat, seine Polizei und seine Gesetze sind keine „neutrale Einrichtung“, im Dienste aller Menschen; der bürgerliche Staat ist der Ausschluß aller Kapitalisten und setzt deren Interessen gegen die Arbeiter durch. Das Märchen der „Klassenversöhnung“ dient nur dazu, Gewerkschaften und Arbeiterklasse an ihre Ausbeuter zu ketten. Die DKP-Stalinsten sind so versunken in Klassenzusammenarbeit, daß sie die Klassenlinie noch nicht mal erkennen, wenn sie darauf stehen. Um der „Einheit“ willen mit den streikbrecherischen Gewerkschaftsführern verließen DKPler bei VDO als erste die Streikpostenkette auf Pfiff von Abwiegler Otto und Helfer Müller. Aber was sollen die Arbeiter, vor allem die ausländischen, auch von einer Partei erwarten, die der SPD in nichts nachsteht, deren Nationalismus teilt und die Abschiebung eingewanderter Arbeiter in ihrem Programm unter dem Thema „Beendigung der Arbeitsemigration“ verpackt (7. Parteitag der DKP, Protokoll). Die türkischen Stalinisten – selbst wenn sie wie İşçinin Sesi Betriebsbesetzungen propagieren – akzeptieren die sozialdemokratische

Kontrolle der Gewerkschaften und wollen mit ihren Forderungen nicht weitergehen als die Bürokraten. Dabei wissen sie, daß auch bei voller Durchsetzung der 35-Stunden-Woche die Abschiebung ausländischer Arbeiter unvermindert weiterginge.

Was uns Trotzlisten von Sozialdemokraten und Stalinisten trennt, ist die Scheidelinie zwischen deutschem Nationalismus und proletarischem Internationalismus. Eine revolutionäre Massenpartei kann in Westdeutschland nur aufgebaut werden, wenn es gelingt, die eingewanderten Arbeiter verschiedenster Nationalitäten im gemeinsamen Kampf mit den deutschen Arbeitern zu organisieren: gegen die Angriffe der Kapitalisten, gegen den NATO-Kriegskurs – Für die Verteidigung der Arbeiterstaaten!

Zum ersten Mal finden in Westeuropa Solidaritätsstreiks und Demonstrationen für die 35-Stunden-Woche, gegen Massenarbeitslosigkeit statt. Und nicht zufällig sind in Europa und international alle Blicke auf die deutsche Arbeiterklasse gerichtet. Sie hat die Macht, die reaktionäre Kohl-Regierung zu stürzen und eine revolutionäre Lösung – nicht nur für Deutschland, für ganz Europa auf die Tagesordnung zu setzen. In Britannien führen 100 000 Bergarbeiter einen erbitterten Kampf, um ihre Existenz zu verteidigen und die „Eiserne Lady“ in die Knie zu

zwingen; in Frankreich und Italien kämpfen die Arbeiter gegen die Austeritätspolitik der NATO-Minister, Sozialisten“ Craxi und Mitterrand. Ein Sieg der Arbeiterstreiks in Westdeutschland über Bosse und Regierung wäre nicht nur die beste Unterstützung für alle europäischen Arbeiter. Er schafft die Grundlage für die revolutionäre Einheit mit den ostdeutschen Arbeitern, für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch die sozialistische Revolution in ganz Westeuropa und den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch proletarisch-politische Revolution in Osteuropa. Vorwärts zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Nieder mit dem Europa der EG und NATO! Für sozialistische Planwirtschaft! ■

SPARTACIST

US-Marines im Nahost-Gewirr verhöhnt

Imperialistische, israelische Truppen raustaus: Libanon!

Zerschlagt den antisowjetischen Kriegskurs!

Bestellt!

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

LE BOLSCHEVIK

Publication mensuelle de la Ligue trotskyste de France, section de la tendance spartaciste internationale

Abonnement (9 numéros) DM 15,-

Zu bestellen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601
(Verlag Avantgarde GmbH)

Britannien...

Fortsetzung von Seite 7

lianzen aus Berg-, Hafen- und Eisenbahnarbeitern ist der Weg, um einen *sofortigen Generalstreik* zu organisieren, der basiert auf der vereinten allgemeinen Streikaktion dieser nationalen Schlüsselgewerkschaften, über die Köpfe des feigen TUC (Trades Union Congress) hinweg.“ („Miners, Dock Workers Shutting Down Britain“, *Workers Vanguard* Nr. 359, 20. Juli)

Ein solcher Generalstreik muß um eine Reihe konkreter Forderungen organisiert werden: Sieg den Bergarbeitern – Zerschlagt den Angriff auf die Hafenerbeitergewerkschaft! Keine weiteren Entlassungen – Keine weiteren Privatisierungen! Für eine allgemeine zehnzehnjährige Lohnerhöhung, verbunden mit voller Angleichung an die Lebenshaltungskosten! Weg mit allen Anklagen und Schikanen gegen Streikende! Die bestehende Tory-Regierung wird diese gemäßigten Forderungen nicht zugestehen. Doch ein entschlossener Kampf für diese Forderungen kann entscheidende Sektoren der Arbeiterbewegung in einer Schlacht zusammenschweißen, die die Kriegstreiberin Thatcher stürzen wird. Der Schlüssel dazu ist eine Führung, die bereit ist, einen Kampf an allen Fronten gegen den kapitalistischen Staat zu führen, einen Kampf, der notwendigerweise die Machtfrage stellt: *Welche Klasse herrscht?*

Die Führungen des TUC und der Labour Party fürchten und hassen vor allem die Aussicht auf einen solchen Klassenkampf – und tun alles, was in ihrer Macht steht, um ihn zu sabotieren. Während die rechte Kalte-Kriegs-Führung des TUC offen Streikbrecher beschützt, hat sich Labour-Chef Neil Kinnock krampfhaft bemüht, dem befürchteten „großen Knall“ des Gewerkschaftskampfes im Herbst zuvorzukommen. „Ich glaube nicht, daß die Gewerkschaftsführung dafür wäre, weil es ein enormes Wagnis wäre, und weil es auch gar nicht die Art ist, in der die britische Gewerkschaftsbewegung funktioniert“, sagte der erbärmliche Kinnock zur Aussicht auf einen heißen Herbst der politischen Streiks (*Guardian*, 14. August). Seit dem Beginn des Kampfes der Bergarbeiter forderten er und sein Stellvertreter Roy Hattersley genau wie Thatcher eine streikbrecherische Urabstimmung und verdammt „Gewalt“ von Streikenden.

Ein groteskes Echo erhalten die Bürokraten durch eine Gruppe namens *Workers Power* und die Ex-Spartacusbund-Clique *Arbeitermacht*: „Wie die Militanten sind wir gegen eine nationale Urabstimmung, wie sie im Moment durchgeführt würde... Massenversammlungen auf Zechenebene sind das beste und demokratischste Mittel, Entscheidungen zu treffen...“ (*Arbeitermacht*, Juli 1984, unsere Hervorhebung). Das heißt im Klartext: Verlaßt die Streikpostenkette, um „demokratisch“ in den einzelnen Zechen zusammen mit den Streikbrechern über die Beendigung des Streiks abzustimmen! Ein Bergarbeiter gab ihnen die richtige Antwort: „Wir haben nichts dagegen, über Löhne und solche Dinge abzustimmen, aber wir haben kein Recht, über Jobs abzustimmen, weil es

WORKERS HAMMER
Introducing Workers Hammer

NEU!

Miners, T&G, rail:
Forge a fighting Triple Alliance!
General strike now!

Greet the new
Workers Hammer
Marxist monthly
of the Spartacist League/Britain
formerly (*Spartacist Britain*)

DM 10,- for 10 issues
zu bestellen über Kontaktadresse

Lech im Bett mit der Eisernen Lady Ja, Solidarność ist antisozialistisch!

Vergeßt die schwarze Madonna von Jasna Gora; Lech Walesa hat seine wahre Gebieterin in der Eisernen Lady, Britanniens blutiger Mächtigerin Margaret Thatcher, gefunden, die danach lechzt, die Bergarbeiter und ihre kämpfende Gewerkschaft in den Staub zu treten. Der Führer von Solidarność, Polens konterrevolutionärer gelber Gewerkschaft im Dienst der CIA, erklärte dem britischen *Sunday Mirror* in einem Interview vom 29. Juli mit dem Titel: „Warum Scargill unrecht hat – von Lech“, daß er „viel Respekt“ für die niederträchtige Premierministerin habe. „Bei einer so weisen und tapferen Frau wird Britannien gewiß eine Lösung für den Streik finden“, sagte „Lech“.

Walesa griff die britischen Bergarbeiter an, die in einer verzweifelten Schlacht um ihren Lebensunterhalt und ihre Gewerkschaft stehen, und sagte: „Ich bin gegen jede Gewalt. Die Arbeiter sollten das Maximum verlangen, aber nicht um den Preis, den Arbeitgeber zu ruinieren.“ Unsere britischen Genossen stellten fest: „Zu Beginn des Streiks bemerkten wir, daß Scargill (der Führer der Bergarbeitergewerkschaft, der schon früher Solidarność verurteilt hatte), im Gegensatz zu den meisten Labour- und TUC-Führern und auch den sogenannten Revolutionären, einen Streikbrecher ebensogut in Polen wie in Nottinghamshire erkennen konnte“ (*Spartacist Britain* Nr. 60, August 1984).

„Lech“ ist auch ein großer Fan von Reagan: Als PATCO (die Fluglotsengewerkschaft in den USA) zerschlagen wurde, gab Solidarność kein Wort des Protests von sich. Walesa begrüßte jedoch 1980 die Wahl von Reagan als „ein sehr gutes Zeichen für die Welt und für Polen“. Dieser „Gewerkschafts“führer plapperte dem Zaristen Solchenizyn nach und klagte, die Arbeiter hätten „zuviel Überfluß und Faulheit im Westen“. Daher unterstützt er jetzt offen Thatchers blutige Zerschlagung der Gewerkschaften.

Unterdessen trifft nach wie vor Kohle in Britannien ein, die von der polnischen Regierung verschifft wird. Eine revolutionäre Opposition zur stalinistischen Bürokratie würde verlangen, wie es die britischen Bergarbeiter auch mit Recht getan haben, daß diese streikbrecherischen Schiffstransporte aufhören. Bergleute des Moskauer Kohlenreviers und aus anderen Gebieten der UdSSR schickten Geld für den Streikfonds der britischen Bergarbeiter. Die winzige Mel-



Ausriß aus dem *Sunday Mirror* (vergleichbar mit der *Bild-Zeitung*)

dung der moskauorientierten DKP darüber (*UZ*, 13. September) verschweigt allerdings wohlweislich die skandalösen Streikbrecher-Kohlelieferungen aus Polen, die ohne Billigung der sowjetischen Bürokratie nicht zustandekämen. Die russischen Arbeiter dagegen, die nie viel Sympathie für Solidarność hatten, wissen, was Klassen-solidarität heißt. Anstelle von Streikbrecher-Kohle könnte General Jaruzelski doch den Streikbrecher „Lech“ rüberschicken, damit dieser einen ordentlichen Geschmack davon bekommt, wie das Leben im verarmten Britannien unter dem Stiefel der Eisernen Lady wirklich ist.

Nach *Workers Vanguard* Nr. 361, 31. August

da um unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder geht.“

Streikpostenkette überquert man nicht!

In der britischen Arbeiterbewegung gibt es heute eine scharfe Polarisierung zwischen denen, die kämpfen wollen, und denen, die glauben, daß die Gewerkschaften geschlagen sind, oder sich davor fürchten, ihre Macht zu mobilisieren. Die Defätisten des Kalten Krieges sind bereit zuzusehen, wie die Gewerkschaften verkrüppelt werden und wollen nicht kämpfen. Aber Millionen Arbeiter wollen das Streikbrechertum zerschlagen.

Worum es in diesem Kampf geht, ist die Existenz von Streikpostenkette und anderer Waffen der Arbeitersolidarität, ohne die die Gewerkschaften nichts erreichen können. Die Bosse haben ihren Haß auf die militanten „fliegenden“ Massenstreikposten der Bergarbeiter konzentriert – und aus gutem Grund. Die Bergarbeiter haben mit unübertroffener Hartnäckigkeit gegen staatliche Überfälle, Provokationen, tausende Verhaftungen und zwei Morde an Streikposten gekämpft. Streikpostenkette aus mehreren tausend Leuten haben Barrikaden aus brennenden Reifen und ausgebrannten Lastwagen der Kohlenbehörde errichtet, die zu einer Ausweitung des Streiks geführt und die Zurück-zur-Arbeit-Pläne der Bosse zunichte gemacht haben. Es sind gerade die tiefen Traditionen der Gewerkschaftssolidarität, die solch eine breite Unterstützung für die Bergarbeiter hervorgerufen haben und die die Thatcher-Regierung einfach wegzublasen drohen.

Als John Connolly den zweiten nationalen Hafenstreik ankündigte, berief er sich daher auf den aufgestauten Zorn seiner Mitglieder, die Tag für Tag mit streikbrecherischen LKW-Fahrern zu tun haben, die für den Transport von Kohle 550 D-Mark am Tag verdienen: „Ehrlich gesagt, hatten unsere Leute in Hunterston das ganz einfach satt.“ Auch wurden rassistische und nationale Spaltungen durch einen gemeinsamen Haß auf einen gemeinsamen Feind überwunden. Streikende Bergarbeiter sind Schulter an Schulter mit republikanischen Militanten in

Nordirland marschiert. Junge Schwarze in Brixton haben Verteidigungsgruppen gebildet, um Polizisten zu vertreiben, die Geldsammlungen von Streikenden verhindern wollten. Ein Generalstreik würde überall in der Bevölkerung an eine massive Stimmung anknüpfen, den Tory-Angriff auf die Arbeitsplätze, Lebensbedingungen und Sozialleistungen zurückzuschlagen.

Bislang haben sich verschiedene Hafengebiete noch nicht dem nationalen Hafen-

Lastwagenfahrer könnten mit ihren gewaltigen „Brummis“ ein massives Gegengewicht gegen die streikbrecherischen selbständigen Fahrer bilden, die den Streik beim letzten Mal zu brechen versuchten, indem sie in Cowboymanier drohten, den Hafen von Dover niederzubrennen. Ruft die LKW-Fahrer der TGWU jetzt zum Streik auf! Die gewerkschaftlichen Schutzvorkehrungen aus dem Nationalen Hafenerbeiterplan müssen auf die nichtregistrierten Häfen wie Dover



Brighton, 3. September: Heraus zum nationalen Streik, jetzt! Macht das Land dicht!

arbeiterstreik angeschlossen. Die Militanten müssen für fliegende Massenstreikposten aus Berg- und Hafenerbeitern kämpfen, um sicherzustellen, daß alle Häfen dichtgemacht werden, und um die Streiks weiter auszudehnen. Gemeinsame gewählte Streikkomitees, zu denen auch Vertreter anderer Gewerkschaften, die Seite an Seite mit den Bergleuten und Hafenerbeitern in Aktion treten, hinzugezogen werden, sowie auch die Frauengruppen aus den Kohlegebieten, die Arbeitslosen und unterdrückten Minderheiten, können für Organisation an der Basis sorgen und bürokratische Sabotage verhindern. Disziplinierte gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen sind notwendig, um den Polizei- und Streikbrecherterror gegen Streikpostenkette und andernorts zu besiegen. Streikende

und Felixstowe ausgedehnt werden. Und kein Abkommen für die Hafenerbeiter, das die Kumpels draußen im Regen stehen läßt.

Die Defätisten und hinterhältigen Betrüger in der Arbeiterbewegung sind durch eine gemeinsame Haltung zu Thatchers anti-sowjetischem Kriegskurs miteinander verbunden. Das wurde beim TUC-Kongreß im letzten Herbst klar, als eine allgemeine Hexenjagd auf Arthur Scargill, den Vorsitzenden der Bergarbeiter veranstaltet wurde, weil er zu Recht die vom CIA unterstützte polnische Solidarność, die Lieblings-„gewerkschaft“ von Thatcher und Reagan, verurteilt hatte. Der TUC-Generalsekretär Len Murray und seine Gefolgschaft benutzten den Angriff auf Scargill, um ihre Politik des

Fortgesetzt auf Seite 10

Foto: Workers Hammer

Honecker...

Fortsetzung von Seite 1

renommierten Partei der innerdeutschen Konterrevolution, der SPD, ein. In einem *Spiegel*-Interview brüstet sich der Oppositionspolitiker Willy Brandt, die bessere nationale Partei zu vertreten und geißelt den Dilettantismus Kohls. Brandt erzählt belustigt die Episode, wie der ehemalige CDU-Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ihn einmal fragte, wieviele Milliarden der Rückkauf der DDR wohl kosten würde. Brandt weiß, daß mit Geld allein die DDR nicht zu kaufen ist, sondern daß es auch einer politischen Agentur der Konterrevolution im Arbeiterstaat bedarf.

SPD-Nationalismus: antisowjetische Waffe

Die SPD posiert als die wirklich nationale Partei mit einer größeren Distanz zum amerikanischen Imperialismus. Brandt: „Bei all meiner Loyalität gegenüber dem atlantischen Bündnis: Ich habe noch von niemandem gehört, daß man die gegenwärtigen Blöcke für der Geschichte letzte Antwort zu halten hätte.“ So führte die SPD ihren „Raketenwahlkampf“ 1983 immer noch als treue NATO- und Bundeswehrpartei. Die nationalistische „Linke“ und die kleinbürgerlichen Grünen schwimmen im Fahrwasser der SPD und unterstützen das von ihr gepflegte Image einer „sozialdemokratischen Alternative“.

Gestützt auf ihre Tradition als reformistische Partei nutzt die SPD als „linke“ Flanke des Nationalismus Friedenssehnsucht und Nationalgefühl der Arbeitermassen in West- und Ostdeutschland aus. Doch eine friedliche Konterrevolution in Deutschland, eine friedliche Wiedervereinigung auf kapitalistischer Grundlage ist eine sozialdemokratische Illusion, an die die Führung der SPD doch selbst nicht glaubt. Ein Viertes Deutsches Reich heißt Barbarei und atomarer Holocaust.

Honeckers gefährliche Liebäugelei mit dem Westen

Nicht so sehr der Wunsch nach neuen Krediten hatte Erich Honecker nach Bonn gezogen, sondern sein Bemühen, inmitten imperialistischer Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion eine deutsch-deutsche Mini-Détente zu erhalten. So erklärte Honecker am 20. August in einem Interview mit dem *Neuen Deutschland*: „Angesichts der zugezogenen internationalen Lage geht die DDR mehr denn je davon aus, daß die Sicherung und Festigung des Friedens die alles überragende Frage ist. Das gilt besonders für die beiden deutschen Staaten und ihr Verhältnis zueinander. Gerade auch nach Beginn der Raketenstationierung der NATO habe ich dies gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl unterstrichen.“ Zwecks Bildung einer „Koalition der Vernunft“ mit der deutschen Bourgeoisie hatte Honecker sogar zu den als Gegenmaßnahmen in der DDR aufgestellten



17. Juni 1953: Hennigsdorfer Arbeiter marschieren nach Ostberlin. Ihre Parole: „Räumt ihr in Bonn den Mist jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“

SS 22 öffentlich erklärt: „Wir wollen das Teufelszeug hier nicht haben.“ Der aufbrechende Nationalismus in der DDR reicht selbst bis in die Spitzen der Parteibürokratie hinein.

Sie repräsentiert eine kleinbürgerliche Schicht – basierend auf proletarischen Eigentumsformen –, in der die Sozialdemokratie immer noch über eine große Anziehungskraft verfügt (wie der Fall Bahro gezeigt hat). Die Bürokratie des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates, obwohl dem Kreml untergeordnet, sieht sich dem objektiven Druck durch die hochentwickelten Wirtschaften Westeuropas ausgesetzt. Diesen Druck kann der Stalinismus weder beseitigen noch wagt er es, ihn durch revolutionären Kampf diesseits der Mauer zu überwinden. Wir trachten danach, den industriellen Reichtum und die ökonomische Macht Westdeutschlands zugunsten der ärmeren Nationen Osteuropas zu enteignen.

Spätestens die Havemann-Initiative, die zur SPD hinschießend anbot, die Klassen Grundlagen der DDR zugunsten eines „neutralen Deutschlands“ wegzuerwerfen, offenbarte, was sich in den Köpfen von Intellektuellen und Angehörigen der Mittelschichten in der DDR abspielt. Ost- und Westdeutschland sind jeweils die bedeutendsten mitteleuropäischen Machtzentren innerhalb ihrer Blöcke. Es kann keine Flucht in eine „Neutralität“ geben.

Als konterrevolutionäres Echo auf die westdeutsche nationalistische „Friedens“bewegung ist auch in der DDR eine pazifistische Bewegung unter Schülern und Studenten entstanden, die selbst angesichts der imperialistischen Kriegstreiberei gegen DDR und Sowjetunion für die Selbstentwaffnung der DDR eintritt, und der effektiv entgegenzutreten sich die stalinistische Bürokratie als vollkommen unfähig erweist. Erich Honecker selbst empfing Abordnungen der westdeutschen Grünen, einschließlich der antikommunistischen Solidarność-Liebhaber Kelly und Bastian (der der Sowjetunion zuletzt als „Ostfrontfreiwilliger“ entgegengetreten war), und schloß mit ihnen einen „privaten Friedensvertrag“. Eine „friedliche Koexi-

stanz“ im Miniaturformat, die die DDR ebenso wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien auch im großen durchsetzen möchte, selbst wenn es auf Kosten der Verteidigung der Sowjetunion geht.

Honecker ist jedoch kein Grünling und auch kein verkappter Sozialdemokrat. Mit 14 trat der saarländische Bergmannssohn der Kommunistischen Partei bei; zehn Jahre lang war er in Hitlers Gefängnissen eingekerkert, aus denen er von der Roten Armee befreit wurde. Als getreuer Stalinist stellte er sich 1953 gegen den antibürokratischen Aufstand der ostdeutschen Arbeiterklasse. 1961 leitete er den Bau der Berliner Mauer, eine bürokratische Maßnahme, die darauf zielte, die DDR-Wirtschaft gegen die ständig anwachsende Flucht qualifizierter Arbeitskräfte in den Westen zu verteidigen. Honecker ist Gefangener stalinistischer Politik im klassenmäßig geteilten Deutschland, in dem der Status quo auf längere Sicht nicht erhalten bleiben kann. Und so öffnet er die DDR nach Westen.

Stalinistische Politik ist antiinternationalistische Politik. So wird DDR-Nationalismus nicht erst seit der Glorifizierung des Preußentums, einschließlich der Rehabilitierung Friedrichs des „Großen“ und der Zelebrierung des Luther-Jahres im letzten Jahr gefördert. Wenn die Sowjetbürokratie Honecker heute seinen Ausspruch von 1981 unter die Nase reibt: „Der Sozialismus in der DDR ist unwiderruflich. Eine Vereinigung ist ebenso unmöglich wie die Vereinigung von Feuer und Wasser“, dann drückt dies eine ebensolche Beschränktheit aus wie die DDR-Verfassung von 1971, die Deutschland kategorisch in zwei Nationen teilte, die „Nation Krupp“ und die „Nation Krause“.

Der einzige Ausweg ist eine Lösung gegen die Bürokratie selbst: die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse. Dies ist die Perspektive des 17. Juni 1953, als die ostdeutsche Arbeiterklasse sich gegen ihre politische Unterdrückung erhob, die Bürokratie polarisierte und die westdeutsche Arbeiterklasse zum revolutionären Sturz der Bourgeoisie ermunterte. Die DDR-Bürokratie versucht durch Abkommen mit dem Impe-

rialismus Zeit zu gewinnen, Atem zu holen und wird mit dieser Strategie selbst zum Opfer imperialistischer Machtpolitik. Der einzige wirkliche Weg zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften in der DDR dagegen ist der Aufbau von revolutionären trotzkistischen Parteien in Ost und West, um die sozialistische Revolution in Westeuropa und die politische Revolution zum Sturz der bürokratischen Parasitenkaste im Sowjetblock zu führen. Das starke industrielle Proletariat Ost- und Westdeutschlands ist der Schlüssel für den Kampf um die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Stalinistische Politik des Status quo: Keine Waffe gegen imperialistische Bedrohung

Mit vollem Recht warnt die *Prawda* den SED-Chef davor, den Weg des Ausverkaufs an den Westen einzuschlagen. Doch die Idee einer separaten deutschen Détente ist keineswegs eine brillante Pionierleistung Honeckers. Das Rezept stammt aus Moskaus Küche. Zu den Bundestagswahlen 1983 war der sowjetische Außenminister Gromyko eigens nach Westdeutschland geeilt, die oppositionellen sozialdemokratischen „Friedens“kräfte moralisch zu unterstützen. Bis zur Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen sah die Bürokratie die deutsch-deutsche Entspannung durchaus als im sowjetischen Interesse an. Und man erinnert sich zwangsläufig an Stalins Angebot von 1952, die ostdeutsche Planwirtschaft zugunsten eines blockfreien Deutschlands preiszugeben.

Der Stalinismus befindet sich in einem Dilemma, aus dem er nicht hinaus kann. Da er die sozialistische Weltrevolution, die ihm seine eigene privilegierte Position entreißen wird, fürchtet, versucht er einen anstrengenden (und letztlich aussichtslosen) Balanceakt zwischen Imperialismus und Proletariat aufzuführen. Stalinistische Politik ist ständig auf der Suche nach einer „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus, um den angeblichen „Sozialismus in einem (oder auch einem halben) Land“ zu schützen. Dabei ist die sowjetische Bürokratie durchaus nicht blind, weder gegenüber den amerikanischen, noch gegenüber den westdeutschen Aggressionsplänen. Ganz im Gegenteil: Bei dem jüngsten westdeutschen Milliardenkredit an die DDR muß der Kreml ein akutes Déjà-vu-Erlebnis gehabt haben, nämlich böse an den Marshall-Plan erinnert zu werden, mit dem der US-Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg die kapitalistischen westeuropäischen Wirtschaften stärken und die osteuropäischen „Volksdemokratien“ unterminieren wollte.

Gut zwar, daß „im Kreml nachts das Licht immer noch brennt“, aber seine ganze armselige Antwort auf Honeckers Westperenzchen lautet eben nur: „Zurück zu Jalta!“ In dem oben zitierten *Prawda*-Kommentar heißt es:

„Zur gleichen Zeit ließ sich US-Außenminister Shultz auf der Stockholmer Kon-

Britannien...

Fortsetzung von Seite 9

„neuen Realismus“ durchzudrücken: Hinlegen und Totstellen – und das war das Startzeichen für Thatcher, die Bergarbeiter anzugreifen. Ein Jahr später sind es die am meisten verhärteten Pro-CIA-Elemente und Kalten Krieger der Arbeiterbewegung wie Bill Sirs von den Stahlarbeitern und Frank Chapple von den Elektrikern, die ihre Mitglieder am lautesten dazu auffordern, die Streikpostenkette der Bergarbeiter zu überqueren.

Die „Linken“ in Labour Party und TUC sind zwar heute durch die Wucht von Thatchers Angriffen gezwungen, einen gewissen Widerstand zu leisten, aber auch sie fürchten die Aussicht eines totalen Konflikts mit dem kapitalistischen Staat. Die Führer der Hafnarbeiter bliesen den letzten Streik im Austausch gegen wertlose papierne Versprechen ab, als Thatcher den Einsatz von

Truppen androhte. Die Führer der Eisenbahnergewerkschaft schlossen schon früher ihr eigenes separates Lohnabkommen, um einen Streik an der Seite der Bergarbeiter zu vermeiden, und reden davon, in einigen Wochen als Protest gegen Entlassungen bei der britischen Eisenbahn Dienst nach Vorschrift zu machen, wo es doch *jetzt* darauf ankommt, zu handeln. Der führende Labour-„Linke“ Tony Benn zog seinen kurzfristigen Aufruf zu Solidaritätsaktionen in der Industrie an der Seite der Bergarbeiter zurück, als die Parteiführung ihm dafür eins auf die Finger gab. Und während des letzten Hafenstreiks war Scargill, trotz seines aufrechten Wunsches, den Streik zu gewinnen, und seiner Bereitschaft, gegen den antisowjetischen Kriegskurs einzutreten, faktisch weggetaucht zu nutzlosen Unterredungen mit der Kohlenbehörde. Das zu einem Zeitpunkt, als er hätte dasein müssen, um auf Massenveranstaltungen der Transport-, See- und Eisenbahnergewerkschaften zu sprechen. Er weigerte sich, an der Spitze seiner Klasse zu stehen und die notwendige Klassenaktion zu organisieren, als es darauf ankam.

Selbst als Neil Kinnock bei der Bergarbei-

terfeier in Durham im Juli von Militanten ausgebuht wurde, verwies Scargill auf die Wahl einer neuen Labour-Regierung als Ergebnis dieser Klassenschlacht. Aber die harten Streikkämpfe von 1972-74 brachten lediglich eine Labour-Regierung, die Streiks niederschlug und Löhne kürzte. Es ist unbedingt notwendig, daß im Verlauf dieses historischen Klassenkampfes eine neue, *revolutionäre* Führung hervortritt, die Lösungen nicht vom pro-kapitalistischen Labourismus erwartet, sondern die bereit ist, für die unvermeidliche frontale Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Klasse und ihrem Staat zu mobilisieren.

Niemand zweifelt daran, daß die blutrünstige Thatcher bis zum Äußersten gehen wird, um diesen Streik zu zerschlagen – sie hat bereits von einem Krieg im Falkland-Stil gegen den „inneren Feind“ gesprochen. Und heute ist breiten Schichten der Bevölkerung bewußt, daß sie die Besetzung der *Belgrano* aus purem Vergnügen ermorden ließ und sogar bereit war, gegen Argentinien Atombomben einzusetzen. Aber die Eiserne Lady kann dieses Land nicht ohne Eisenbahnen, Häfen, Schifffahrt oder Bergwerke regieren. Und in

der Armee gibt es etliche aus der Arbeiterklasse stammende Burschen, die bestimmt zögern würden, gegen hundertausende streikende Arbeiter die Waffen zu erheben.

Die Zukunft der britischen Arbeiterklasse steht auf dem Spiel. Die entscheidende Schlacht in diesem monatelangen Kampf zeichnet sich jetzt ab. Es kann keinen Rückzug geben: Entweder gibt es einen „großen Knall“, einen heißen Herbst des militanten Klassenkampfes, oder einen nuklearen Winter unter Thatcher. Was wir heute brauchen, ist ein Generalstreik, um die Angriffe der Tory-Regierung zurückzuschlagen und um diese Regierung zu stürzen. Und das würde den Weg ebnen für den raschen Aufbau einer revolutionären Avantgardepartei, die die Arbeiterklassenbasis der Labour Party von ihren kriecherischen pro-kapitalistischen Irreführern der Rechten und „Linken“ abspaltet und den Kampf für eine echte Arbeiterregierung führt, die die Kapitalisten enteignet und für eine Zukunft mit Arbeitsplätzen und einem anständigen Lebensstandard für alle sorgt. *Generalstreik jetzt!*

Nach *Workers Vanguard* Nr. 361, 31. August

Sandhaus...

Fortsetzung von Seite 2

schen Säuberungen ausgeben. Die Deutschen haben uns schon als nicht mehr reformierbar erklärt, doch die nordamerikanischen ETs behaupten noch, sie seien loyale Kritiker, ja sogar die letzte beste Hoffnung für unsere Organisation. Gleichzeitig aber starten sie alle die finstersten Provokationen gegen uns. Im Grunde genommen sind sie alle Flüchtlinge vor der „russischen Frage“ in den Reagan-Jahren. (Die Deutschen traten aus, als der Kalte Krieg nach Europa kam: 1981 galt es, die proletarischen Errungenschaften in Polen und der UdSSR auch vor der Konterrevolution der Solidarność in Polen zu verteidigen. Aber dann wurde es für diese Reisenden auf der Transitstrecke ins „dritte Lager“ zu heiß in der Küche.) Sie behaupten noch, eine trotzkistische Orientierung zu haben, doch ihre Appetite gehen viel eher in die Richtung der rassistischen Arbeiterbürokratie.

Die deutschen Mitbewohner dieses Anti-Spartacist-Morasts fristen heute ihr antileninistisches Dasein und sind eifrig bemüht, mit dem Strom des deutschen sozialdemokratischen/grünen Nationalismus zu schwimmen. Als sie unsere Tendenz verließen, waren sie die eifrigsten Apologeten für den deutschen Nationalismus. Und da Sandhaus geradezu danach stank, war es nicht überraschend, daß er als ihr Schützling einer der Hauptverfasser ihres einzigen „Programms“ war, nämlich einer Kritik der iST („Wohin geht die iST?“). Diese Leute sind sich nur darin einig, daß sie unsere Tendenz zerstören wollen, und dafür ist den ETs kein Partner zu übel.

Die ETs versuchten uns letzten Dezember mit einer „Unterschriftskampagne“ zu verleumden im Stil der COINTELPRO-Provokationen (der Hexenjagd der politischen Polizei gegen die Linke und die schwarze nationalistische Bewegung in den USA in den sechziger Jahren), wir hätten einen Macker von ihnen, einen gewissen Bob Mandel, „physisch angegriffen“. Geschehen ist folgendes: Bei einer Streikkundgebung in San Francisco konfrontierten Anhänger der SL/U.S. Mandel politisch für seine Rolle als Streikbrecher und Lügner. Sie rührten ihn mit keinem Finger an, wie die zahlreichen Augenzeugen übereinstimmend berichteten. Den Feigling Mandel aber versetzte die lautstarke politische Auseinandersetzung in Angst und Schrecken. Die offensichtliche Erfindung der Mandel-Petition hat der ET ganze 15 Unterschriften in drei Ländern gebracht. Inzwischen haben sie sich davon wie-

der abgeseilt. In ihren jüngsten Dokumenten schreiben die ETs, Mandel „hätte angegriffen werden können“, nach der GIVI-Version kam „er knapp an einer Schlägerei vorbei“, womit sie ihre eigene ursprüngliche Behauptung als Lüge anerkennen.

Wahr, unwahr, scheinbegal – für sie. Ihre deutsche graue Eminenz, Wolfgang Hohmann, nahm es auf sich, die US-ETs in der verleumderischen Provokation gegen uns bei weitem zu überbieten. (Er trat aus der TLD aus, nachdem er die weitverbreiteten sozialdemokratischen Illusionen unter den ostdeutschen Arbeitern in einen Transmissionsriemen für den Trotzkismus umgemünzt hatte. Und das bei der SPD, die mit den Epllers und Lafontaines den Organisator der „demokratischen“ Konterrevolution in der DDR darstellt!) Im Januar zirkulierte Hohmann einen Anhang zur ET-Petition in Sachen Mandel über das Thema... Nazihelme, schwarzes Leder, „faschistoide Punker und Nazis“ in dem Versuch, uns als eine gefährliche, zur Gewaltanwendung aufwiegende Sekte darzustellen. Nur: Die Vorwürfe, die wir gegen Sandhaus machten, bezieht Hohmann auf Mitglieder seiner Gruppe selbst und identifiziert dadurch selbst sein eigenes Grüppchen mit Sandhaus. Eine zweifelhafte Ehre, die er sich selbst erweist. Wenn Hohmann die Provokation noch dicker als die US-ETs aufträgt, ist dies auch nur der größeren politischen Raffiniertheit der deutschen Sozialdemokratie, nach deren Pfeife er tanzt, zu verdanken, im Vergleich zur amerikanischen Arbeiterbürokratie.

Man muß kein FBI- oder Verfassungsschutz-Agent sein, um der bürgerlichen antikomunistischen Hexenjagd zu dienen, die gegen uns an Geschwindigkeit gewinnt. Doch die ETs haben gerade das getan – sie haben uns verleumderisch als gewalttätig denunziert; dadurch eröffnen sie den Weg für Repression und Verfolgung gegen uns durch den bürgerlichen Staat.

Mit Sandhaus gibt's einen Unterschied. Mit ein bißchen Hilfe von seinen Freunden der ET hat er sich den irregulären Truppen dieses Staats angeschlossen. Sie haben ihn in seinem Antikomunismus hochgepöppelt und ermutigt, und sie allein gaben ihm dadurch grünes Licht für diesen gewalttätigen Überfall. Aber noch ist die GIVI nicht mit der ihnen politisch verwandten Clique der Westberliner „Revolutionären Sozialisten“ gleichzusetzen, eine Ex-Spartacusbund/GIM-Rotte, die in Irokesenschnitt und Punkkluff auftritt. Ähnlich ist es mit dem Verhältnis zwischen ET und Sandhaus. Wir würden eher sagen: Paß bloß auf, Bob Mandel! Sandhaus mag keine Ausländer, Roten, Frauen. Wir können uns auch nicht vorstellen, daß er Juden mag. Und um seinen Haß auszudrük-

ken, tendiert er nicht dazu, viele Worte zu verschwenden, sondern er ist recht direkt.

Die deutschen ETs haben jetzt den Mühlstein um den Hals: den Nazihelm, die „Oi“-Musik, die netenbeschlagenen Lederarmbänder, die Ketten. Als „Privatsache“, „Geschmacksfrage“, wie sie uns das auf beiden Seiten des Atlantiks beschrieben. Sagt das den kurdischen, türkischen Linken und Arbeitern, den Tamilen und Palästinensern, die schon heute die Opfer der Gestapomethoden der westdeutschen und der Westberliner Staatsmacht sind! Wie ist es mit Eurem Anhänger Stephan in Westberlin, der uns erzählte, daß Vergewaltigung eine „Privatangelegenheit“ sei?! Wie ist es, Hohmann? Nennt Ihr den Sandhaus noch immer einen „Antifaschisten“?

Eigentlich müßte die ET jetzt die Losung für ihren Schützling haben: „Ulrich Sandhaus, Wanderer ins Nichts“. Denn sie haben dieselbe Methode wie Radek, einer der „Nationalbolschewiki“ der KPD unter Brandler 1923, die für den Faschisten Leo Schlageter, den's erwischt hatte, Lobeshymnen sangen. Radeks Worte waren:

„Wir werden alles tun, daß Männer wie Schlageter... nicht Wanderer ins Nichts, sondern Wanderer in eine bessere Zukunft der gesamten Menschheit werden“, um „den deutschen Faschisten die nationalistische Waffe aus den Händen zu schlagen“ (zitiert in Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*). Die „besten“ Nationalisten also.

Wir haben wiederholt hervorgehoben, daß es für Revolutionäre notwendig ist, einen scharfen Kampf gegen den wiedererstarken deutschen Nationalismus sowohl der sozialdemokratischen wie der rechten Varianten aufzunehmen. Dieser Kampf gehört grundlegend zu unserem Programm, für das wir in der Linken und Arbeiterbewegung kämpfen. Wenn man diesen Kampf nicht aufnimmt, findet man sehr bald, daß man die Handlangerarbeit für den Klassenfeind verrichtet und daß man sich im Bett mit solchem Abschaum der Menschheit wie Sandhaus und seinem Kettenhund befindet.

Es ist nur ein kleiner Schritt von einem Überfall auf eine Exfreundin und Unterstützerin der TLD, die nachts allein mit der U-Bahn fährt, zu einem direkten Überfall auf unsere Organisation – und von da auf die anderen linken und Arbeiterorganisationen. Sandhaus, der nur Teil des barbarischen Drecks ist, der durch den Kapitalismus in dieser Vorkriegsperiode des imperialistischen Niedergangs mit seinem aufheizenden Antikomunismus des Kalten Krieges aufgeworfen wird, hat den Rubikon schon überschritten. ■

Schweiz:

Trotzkistische Fraktion aus Mandels SAP ausgeschlossen

Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus dem Flugblatt von jungen Schweizer Genossen gegen ihren Ausschluß aus der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der Schweizer Sektion des „Vereinigten“ Sekretariats (VS) von Mandel und Barnes. Der fünfmonatige Fraktionskampf entbrannte um die wichtigsten Fragen für Trotzkisten heute: Zentralamerika, Polen und die NATO-Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Die Mandelianer wußten sich schließlich nur mit einem bürokratischen Ausschluß wegen „unvereinbarer politischer Positionen“ (bresche, Zeitung der SAP, 3. September) zu helfen. In der von der Trotzkistischen Fraktion soeben veröffentlichten Dokumentation sind sowohl die Fraktionsdokumente als auch die Antworten der SAP-Führung nachgedruckt (Bestellungen über TLD-Adresse).

Wir begrüßen die Genossen als Mitglieder der internationalen Spartacist Tendenz!

Schaffhausen, 20. September – Die SAP hat in ihrer Stellungnahme die iST totgeschwiegen, obwohl sie uns seit der ersten Minute des Kampfes als iST-U-Boote bezeichnet und dafür ausgeschlossen haben.

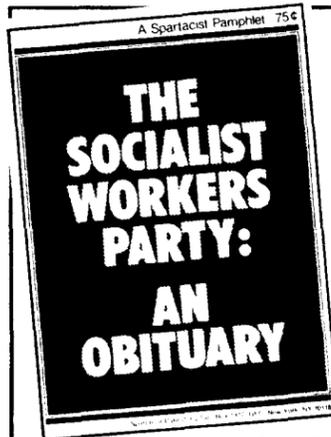
Sie hatten so Angst, mit trotzkistischen Positionen konfrontiert zu werden, daß sie der politischen Diskussion mit bürokratischen Manövern auszuweichen versuchten. Deshalb haben sie uns suspendiert und mit Ausschluß bedroht...

Wir waren junge loyale Genossen, die über einige trotzkistische Positionen diskutieren wollten, die auch von der iST vertreten werden. Die Leitung hat uns mit ihrer Hexenjagd in die Arme der Spartakisten gedrückt. Wir können uns dafür nur bedanken. So haben wir den Weg aus der nationalen Engstirnigkeit der Schweiz zum proletarischen Internationalismus gefunden!

Wir wenden uns an alle, die wirklich eine trotzkistische Partei in der Schweiz aufbauen

wollen, als Teil einer realen trotzkistischen Internationale. Mit den bürokratischen Ausschüssen wird sich die SAP den konkreten Klassenauseinandersetzungen nicht entziehen. Wir führen unseren Kampf weiter und veröffentlichen dazu alle Dokumente des Fraktionskampfes in der SAP.

Trotzkistische Fraktion der SAP (ausgeschlossen) jetzt Mitglieder der iST Kontakt: (00 41/53) 5 09 92



Preis: DM 2,-

Zu bestellen über: Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1

Die SWP: Ein Nachruf

Die englischsprachige Broschüre über die Massensäuberungen in der SWP enthält als Hauptartikel „Barnes wirft die letzten Veteranen der alten SWP hinaus“ – d. h. alle, die sich noch an die Partei Trotzkis und Cannons erinnern können. Damit zerschneidet die SWP die letzten menschlichen Verbindungen zu ihren „alten Zeiten“, nachdem sie den entscheidenden Schritt weg von revolutionärer Politik vor 20 Jahren mit dem politischen Ausschluß der Revolutionary Tendency (RT), Vorläufer der Spartacist League/U.S., vollzogen hat. Das Dokument der RT von 1963 „Macht die Suspendierungen rückgängig“ ist abgedruckt, außerdem „In Verteidigung der Permanenten Revolution“ gegen Barnes' Denunziation des Trotzkismus. Im Anhang dokumentieren wir George Breitmans „Appell gegen den Ausschluß“ von 1984.

ABONNIERT!

SPARTAKIST 4

herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion der internationalen Spartacist Tendenz
Jahresabonnement DM 8,50
Überseeabonnement (Luftpost) DM 10,-
 einschließlich SPARTACIST, theoretisches Organ der internationalen Spartacist Tendenz (deutsche Ausgabe)

Zu beziehen über
 Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
 Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
 (Verlag Avantgarde GmbH)

SPARTAKİST

Sosyalist, Birleşik Kürdistan Cumhuriyeti için!



Aşağıdaki yazı, Enternasyonal Spartakist Tendens'in bu yaz Orta Avrupa'da yapılan Kürt militanlarının konferansına sunduğu bildirisi-dir.

Yoldaşlar, sizleri Enternasyonal Spartakist Tendens adına selamlıyorum. Devrimciler olarak biz, ezilen Kürt kitlelerinin önündeki kurtuluşunun, ulusal ve toplumsal kurtuluş için kendi amansız mücadeleleri ile başka yerlerdeki gerçekten enternasyonalist olan Marksist güçlerle el ele, birlikte verecekleri mücadelede yattığını ısrarla vurguluyoruz. Bu bir bütün olarak ele alındığında, yeryüzündeki her çeşit baskı ve sömürüyü yoketmeye kendini adanmış, gerçek Leninist-Marksist enternasyonalist gerektirir. Enternasyonal Spartakist Tendens Kürt halkı üzerindeki her saldırıya, her haksızlığa karşı tetiktedir. Biz, Londra'dan Sidney'e (Avustralya), Almanya'ya kadar her yerde Kürt militanları ile beraber, onların haklarının savunusu için gösteriler yaptık. Sizlere, burada, tartışmalarımıza bir katkı olarak, tarihten alınan derslere ve özellikle ilk başarılı, çok uluslu sınıf savaşımını gerçekleştiren Lenin yoldaşın mücadelesine temellenen görüşlerimizi sunuyoruz.

Pankartlarımızda da belirttiğimiz gibi, biz, Kürtlerin kendi kaderini tayin hakkını sarsılmadan savunuyoruz. Kendi kaderini tayin etme bir demokratik haktır. Fakat onun uygulanması çok çeşitli şekiller alabilir. Kürtlere baskı yapan ve onları bu haklarından mahrum kılan dört kapitalist ülkenin karakterini göz önüne alacak olursak, kapitalizm altında Kürtlerin kendi kaderini tayin eden tutarlı bir çözümün olamayacağına inanmamız gerekir.

Burada, herhalde çoğumuz sosyalist bir çözümden yanayız. Fakat bu ne demektir? Programatik olarak kesinlik ve açıklıkla ifade edilmelidir. Örneğin, bağımsızlığını kazanmış birçok Afrika devletlerini ele alalım. Bu kapitalist devletler kendilerine Marksist ve Sosyalist demelerine rağmen despotça yönetimlerini sürdürüyor ve kendi halkını, komşu halkları suistimal ediyorlar. Oysa sosyalizme ulaşmak için, mülkiyet sahiplerinin, yani toprak ağaları ve kapitalistlerin mülksüzleştirilmesi ve işçi köylü yönetiminin inşasına kaçınılmaz bir şekilde ihtiyaç vardır.

Yoldaşlar, tarih bize öğretiyor ki: proletar-

yanın toplumsal gücü olmadan, bunu örgütleyen, halkların tribünü (temsilcisi) olarak hareket eden Leninist bir parti olmadan, geçmişteki kahramanca savaşımın çoğu zaman yenilgiler içerisinde boğulmuştur. Kürt kitleleri Arap, Fars, Türk proleterya ile ittifaka hedef edinmeli, bu proleterler de kendi burjuvazilerinin büyük devlet sovenizmine karşı kürt halkının kendi kaderinin tayin hakkının en kararlı, en öncü savaşçıları olmalıdırlar.

Biz, bu devrimci savaşçıların arasında Kürt kadınlarının yer alacağını biliyoruz. Bugün kölenin kölesi olan Kürt kadınları, bilince vardığında devrimin ve komünist fikirlerin en iyi savaşçıları olacaktır.

Kürt halkı ulusal baskının ve sovenizmin bataklığından kurtulmanın müthiş çabası içindedir. Enternasyonal Spartakist Tendens, İran ve Irak arasındaki kirli milliyetçi kan davasında herhangi bir tarafın zaferinin, İran veya Irak emekçi kitleleri için hiç bir çıkar temsil etmeyeceğini belirtmiştir. Biz, bu gerici ve milliyetçi savaşçı mollalara ve generalere karşı bir iç savaşa dönüştürün diyoruz. Kürtler hem Baasçıların hem de Homeyni'nin devrim muhafızlarının canice saldırısına uğruyorlar. İran Irak savaşı, Kürt halkına, 1946 yılında kısa süre yaşayan Mehabat "Kürt Cumhuriyeti"nden bu yana, ilk olarak ulusal devletlerini kurmak için en iyi imkanı sunuyor.

Yoldaşlar, bizler, diğer ezilen ulusların mücadelelerinden dersler almamız. Eskiden, Osmanlı İmparatorluğunun kuzey topraklarını oluşturan Balkanlar da, Ortadoğu gibi, ulusal kinlerin kaynayan kazanıydı. Fakat bugünkü Yugoslavya'da, çoğunluğu Sırp ve Karadağlılar'dan oluşan komünist partisi, Hırvatlı Tito'nun önderliğinde, deformede olsa kur-

duğu Yugoslavya işçi devletiyle harmoni yaratabildi.

Buna karşın Lübnan, kapitalist ve diğer mülkiyet sahibi sınıfların, kitleleri tatmin etmeye yönelik bir çözümü bile yaratamayacaklarının en güzel örneğidir. Filistinli'lerin ise Arap burjuvazisinden bekleyebilecekleri hiçbir şey yoktur. Onlar, kan emici emperyalist güçlere, özellikle anti-Sovyet seferleri için Lübnan'ı bir sığınak noktası olarak kullanmaya çalışan ABD emperyalizmine tam ve korkakça bağımlılıklarını bir kez daha açığa vurduklar. Biz diyoruz ki; varolan, (İsrail'deki) Siyonist devlet yıkılmalı ve yerine Arapça ve İbranice konuşan proleteryanın oluşan işçi sınıfının komünist iktidarı kurulmalıdır. Böylece İbranice konuşan işçiler Sosyalist Orta-Doğu Federasyonu'nun yaratılması için son derece değerli kültürel ve teknik kaynakları oluşturabilirler.

ABD'nin Lübnan'dan geri çekilişi emperyalistlerin anti-Sovyetizmini azaltmadı. Bugün ABD emperyalizminin politikası Kohl'un emperyalist hükümeti de dahil, Avrupalı NATO müttefikleri ile beraber anti-Sovyet savaş kışkırtıcılığı üzerine temelleniyor ve hedefleri Ekim Devriminden kalan kazanımlara (üretim araçlarında devlet mülkiyeti, monopolleşmiş dış ticaret, ve planlı ekonomi) çevrilmiştir. Biz Sovyetler Birliğinin emperyalizme veya içten kapitalizmi yeniden inşa etmeye çalışan güçlere karşı, askeri olarak, koşulsuz savunusundan yanayız.

Yoldaşlar, emperyalizmin çöküş çağında demokratik hakların ve prensiplerin, yalnız, iktidardaki devrimci proleterya aracılığıyla tam olarak hayata geçirilebileceğini, Rus devriminin muhteşem ve tarihsel örneği dramatik

bir şekilde ispatlamıştır. İşçi sınıfı zayıf olan diğer birçok ezilen uluslar da vardır. Aslında hatırı sayılır nicelikte Kürt işçisi olmasına rağmen çoğunluğu Kürt ulusal hüviyetinin hakim olduğu coğrafi bölgelerin dışında çalışıyorlar. Kürt proleteryanının böyle her bir tarafa yayılmış olması tabiki kaçınılmaz olarak sizin politik görevlerinizi karıştırıp güçleştiriyor. Fakat bu artık başkalarının karşılaştıkları bir sorundur. Halkların hapishanesi diye adlandırılan çarlık Rusya'sında, proleteryanın iktidarı ele geçirmesini kolaylaştıran, Bolşevik partisinin en az gelişmiş ezilen uluslar için bile kendi kaderini tayin hakkı için amansız mücadelesi de örgütlenmiş kadınların ve gençliğin etkin mücadelesi ve Troçki yönetimindeki kızıl ordu birliklerinin yardımı ile ulusal ve feodal baskıların boyunduruğundan, kendi kurtuluşlarının yolunu buldular. Bugün bile, Birçok Kürt, Sovyetlerde yaşayan ulusdaşlarının 20. asrın bilim, teknoloji ve eğitim zenginliklerinden faydalandıklarını, ulusal demokratik haklarını uyguladıklarını bilerek Sovyetler Birliğine yöneliyor.

Kürt kitlelerinin ezilmişlikten kurtuluşu ancak bölgesel düzeyde bu dört kapitalist ülkedeki gerici burjuva rejimleri parçalamayı hedef edinen bir perspektif ile gerçekleştirilebilir. Proleterya devrimi, gerçekte birçok cephede verilen savaşların kampanyaların, hareketlerin neticesinde doğar. Bizim anlayışımıza göre birleşik Sosyalist Kürdistan Cumhuriyeti için mücadele bölgenin devrimci proleteryanının Ortadoğu Sosyalist federasyonuna açılan mücadelesi ile biçimlenecek, diğer taraftan bu da proleteryanın mücadelesini şekillendirecek. Aldığımız örnek Bolşeviklerin ulusal azınlıklara Sovyet federasyonuna katılma seçeneğini ve yararlarını sunduğu 1917-1924'teki Lenin'in Rusya'sıdır. Biz üzerimize düşen görev olarak, kendimizi dünya çapında proleter devrimlerin enternasyonalist partisini kurmaya adanmış, sizlere insanlığın geleceğinin böyle bir partinin kurulmasına bağlı olduğu anlayışıyla hitap ediyoruz. Sağolun yoldaşlar. ■

**Für eine Sozialistische Republik
Vereinigtes Kurdistan... 5**